

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Post. 20. Juli bis 28. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Telefon { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle



Anzeigengebühr für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpfennige, Verfallungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Restloos 30 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 169

Dienstag, 22. Juli 1924

31. Jahrgang

Neue Schwierigkeiten in London.

Die Frage der Räumung.

Paris, 21. Juli.

Nach den vergeblichen Bemühungen der militärischen Sachverständigen bei der Londoner Konferenz, eine Einigung in der Frage der Eisenbahnen der besetzten Gebiete zu finden, hatten nach den Pariser Blättermeldungen, der französische Kriegsminister General Nollet und der Staatssekretär im englischen Auswärtigen Amt Sir Crowe am Sonntag versucht, die Grundzüge für ein solches Kompromiß zu finden; aber auch diese Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Gegensatz zwischen der französisch-belgischen und der englischen Auffassung besteht somit weiter. In den Kreisen der Konferenz soll nach dem „Temps“ neuerdings der Gedanke erwogen werden, die Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, daß die der Okkupationsarmee angehörenden Garnisonen längs der in Frage kommenden Eisenbahnstrecken mit Eisenbahntruppen besetzt werden sollen. Durch diese soll bis zum Ende der Besetzung der Betrieb auf diesen Linien jederzeit durch ihr Eingreifen sichergestellt werden.

London, 22. Juli. (Radio.)

In amtlichen englischen Kreisen wird erklärt, daß eine Einigung innerhalb der zweiten Kommission über die Räumung des Ruhrgebietes auf Grund der Haltung der französischen Delegierten vollkommen ausgeschlossen sei. Herriot hat noch am Montagabend mit den verschiedenen Finanziers, unter anderem dem Präsidenten der Bank von England und Sir Lamont vom amerikanischen Bankhaus Morgan, über die Regelung der Räumungsfragen verhandelt. Die Finanzleute haben ihm wiederholt erklärt, daß eine Anleihe zugunsten Deutschlands abgeschlossen sei, solange die Voraussetzungen des Sachverständigenausschusses, insbesondere in ökonomischer Hinsicht, nicht erfüllt seien.

London, 21. Juli.

Die für Montag nachmittag 5 Uhr vorgesehene Plenarsitzung mußte vorläufig auf Dienstag verschoben werden, weil im zweiten Ausschuss bis mittags eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Gegen Abend verlautete, daß die Gegenstände über die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit im Ruhrgebiet zum Teil überwunden sind, nachdem die Hauptdelegierten ebenfalls über diese Frage am Montag vormittag unter dem Vorsitz Macdonalds im Foreign Office verhandelt haben. Auch über die Einladung Deutschlands ist im Verlauf dieser Konferenz erneut gesprochen worden. Es ist so gut als sicher, daß in der nächsten Plenarsitzung, die für Dienstag vormittag 10½ Uhr geplant ist, die Einladung der deutschen Regierung beschloffen wird. In der Besprechung der Hauptdelegierten hat Herriot einen Widerstand gegen die Teilnahme Deutschlands an der Schlusskonferenz nicht geltend gemacht. Er soll lediglich den Wunsch geäußert haben, daß die Konferenz so schnell wie möglich abgeschlossen wird, damit er nach Paris zurückkehren kann.

Die erste und dritte Kommission haben inzwischen ihre Berichte für die Vollkonferenz fertiggestellt.

Die Feinde der Verständigung.

Die französischen Generale.

Wie zur Zeit des Ministeriums Rathenau die deutsche Bureaucratie die Bemühungen des demokratischen Ministers durch mutwillige Sabotage der Sachlieferungen durchkreuzte, so betätigen sich zurzeit die durch und durch poincaristisch eingestellten französischen Generale im besetzten Gebiet.

Relativ harmlos ist noch die aufreizende Soldatenspielererei, wenn sie auch in einer so widerrechtlich besetzten Stadt wie Düsseldorf geradezu aufreizend wirken muß. Die wirklich nicht franzosenfeindliche „Voll. Ztg.“ berichtet darüber: Am 14. Juli haben die Franzosen in Düsseldorf mit dem üblichen Pomp ihr Nationalfest gefeiert.

Düsseldorf gleich an diesem Tage einer eroberten Stadt. 15 000 Franzosen in ausgebürsteten Uniformen und neu lackierten Stahlhelmen. 5000 Franzosen in auffallenden Festtagsgewändern machten sich auf den Hauptstraßen breit, Tifolornen wurden auf jedem möglichen und unmöglichen Platz angebracht, vor allem aber wurde eine große Parade inmitten der Stadt abgehalten und zu diesem Zweck für zwei Stunden nicht nur der Straßenbahnverkehr im Zentrum, sondern auch der Fernverkehr nach Neukirch, Krefeld, Mörns usw. stillgelegt. Diesmal hat das blauweißrote Festkomitee auch noch eine neue Nuance erdacht. Nach der Parade ritt der General zu seiner Wohnung zurück und zwar mitten durch den Hofgarten. Diese Szene spielte sich wie folgt ab: Voraus ritt ein Offizier, der während des ganzen Abmarsches eine Pistole gestreckt vor sich hielt. Die dem Komitee folgten in etwa dreißig Schritt Abstand der General und sein Stab, martialisch bis zur Groteske. Hinter diesen Halbgottern aber trabte ein ganzes Kavallerieregiment. Sicherem Vernehmen nach ist der Kavalkade auf ihrem ganzen Wege kein Unheil widerfahren, obwohl die Büsche des Hofgartens dem Feind bemerkliche Gelegenheiten zum Hinterhalt bieten.

Schlimmer sind noch die Aktionen der französischen Militärverwaltung, um die Rückkehr der Ausgewiesenen zu erschweren. In demselben Augenblick, wo in Wiesbaden die Zurücknahme der ersten 10 000 Ausweisungen publiziert wird, werden 400 neue Wohnungen von der Besatzungsbehörde für die Regie angefordert. Der ganze moralische Effekt der Rückkehrerlaubnis wird dadurch paralysiert. In dem Augenblick, wo die militärische Räumung des rechten Rheinufers zur Diskussion steht, werden in Düsseldorf 176 Zimmer im Regierungsgebäude beschlagnahmt und neue Baracken als Pferdehöfe für die Besatzung gebaut, werden bei Düsseldorf zwei Güter angefordert, um dort für alle Soldaten landwirtschaftlichen Unterricht einzurichten.

Es ist der uns so wohl bekannte Militarismus, der hier seine traurigen Triumphe feiert und untern Reaktionen immer wieder neue Waffen liefert. Und unsere Nationalisten sind dankbar; sie verschmähen keine Gelegenheit, ihren Gesinnungsgenossen jenseits der Vogesen zu unterstützen.

Unsere Vaterländischen.

Es gibt kaum eine wichtige politische Situation, in der nicht auch die Vaterländischen Verbände unter Führung des Grafen v. d. Goltz und des Herrn Geißler glauben mitehren zu müssen. Auch jetzt, in dem Augenblick der entscheidenden Beratungen in London, haben sie wieder einmal einen Brief an die Reichsregierung geschickt, in dem das Verlangen gestellt wird, eine etwaige Vorladung nach London zwecks Entgegennahme der von den Alliierten gefassten Beschlüsse abzulehnen. Die Begründung dieser Forderung und der weitere Inhalt des Briefes zeigen ein solches Maß politischer Torheit, daß wir auf ihre Wiedergabe verzichten. Wann werden die Vaterländischen Verbände, die in Wirklichkeit nur das Geschäft des „Erbschleichens“ betreiben, endlich einsehen, daß jeder ihrer Versuche, in die Politik einzugreifen, lediglich eine große Blamage unserer „nationalen Kreise“ bedeutet?

Schwarz-rot-gold erobert das Land.

Massenaufmarsch in einem Städtchen.

Magdeburg, 21. Juli.

Die erste große Veranstaltung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ auf dem flachen Lande fand am Sonntag in dem kleinen Städtchen Neuhaldensleben bei Magdeburg statt. Zehntausend Teilnehmer waren der Einladung der Neuhaldenslebener Ortsgruppe gefolgt, die mit Extrazügen, Automobilen und anderen Fahrzeugen herangeführt wurden. Ein besonderes Gepräge gaben dem Aufmarsch die vier unendlichen Kolonnen der Radfahrer. Gewaltigen Eindruck machte der Aufmarsch der Reichsbannerformation auf einen prächtigen Platz. Der Magistrat hatte den ersten Bürgermeister beauftragt, die republikanischen Kriegsteilnehmer zu begrüßen, weshalb es zuvor heftige Auseinandersetzungen im Stadtparlament gegeben hatte. Die amtlichen Gebäude hatten geflaggt. An den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm geschickt. Der Aufmarsch der Republikaner erregte bei den in der Neuhaldenslebener Gegend stark vertretenen nationalistischen Organisationswegen seines disziplinierten und strammen Einzugs erhebliches Aufsehen.

Gerechte Steuern.

Bölle und Steuern, auf diese beiden Fragen wird sich künftig die materielle Seite der Politik konzentrieren. Der erste Vorstoß der Regierung in Gestalt der Agrarsteuergesetzvorlage ist erfolgt. Wann der zweite, rein finanzpolitische kommen wird, steht noch dahin. Hinter den Kulissen wird bereits gearbeitet und da der Sieb noch immer die beste Parade ist, war der taktische Vorstoß, den der ADGB in dieser Hinsicht in der vorigen Woche gemacht hat, ein richtiger Schachzug. Er zwingt die Regierung, Farbe zu bekennen, ein Vorgang, der aller Bureaucratie, nicht nur der in der deutschen Finanzverwaltung unter Dr. Luther, bis in den Tod verhaftet ist.

Daß es um die Verteilung der Lasten jetzt geht, wird allmählich auch der breitesten Öffentlichkeit klar. Wenn unter dem Damesplan der Schlüsselpunkt gemacht ist, was hinsichtlich in London gekheckt wird, beginnt erst die eigentliche Arbeit. Es wird manchem Wähler, vor allem dem kommunikativen, dann plötzlich aufgehen, was er antizipiert, als er am 4. Mai nicht an die Hauptaufgabe des neuen Reichstages dachte. Aber vielleicht hat der Mann recht, der kürzlich mit einem Unterton der Enttäuschung sagte, daß der deutsche homo politicus nur durch bitteren Schaden klug zu machen sei.

Die Vertreter der Arbeiterkassen, Gewerkschaften wie Partei, haben mit Recht große Begehren über die deutsche Steuerpolitik und ihre zukünftigen Wege.

Wer Herrn Dr. Luther einmal ins Auge geblickt hat, weiß um den Grad der Ehrlichkeit Bekheid, mit der er von seinen „Träumen einer starken Erfassung des Besitzes und gerechter Lastenverteilung“ spricht. Er ist der Mann der Bureaucratie verbindlich nach allen Seiten, aber wie alle Leute, die sich ihr festes Fundament an Wissen in ihrem Fach erarbeitet haben (man nennt das manchmal auch wissenschaftlich „Ueberzeugung“), von den Tagesargumenten abhängig. Deshalb: In allen Sätzen gerecht. Biedermann mit Glage und polierender, gern zueinander Stimme — das ist eine glänzende Maske für einen Finanzdirektor der deutschen Schwerbourgeoisie.

Welche Heilkräfte für die sanierungsbedürftige deutsche Wirtschaft werden zurzeit im Schoße seines Ministers umgebraut? Zunächst wird ja die reaktionäre Finanzpolitik unter diesem „nationalen“ Stichwort zu arbeiten versuchen. Die Straßenzuläge für verspätete Steuerzahlung sind kürzlich von 5 auf 2 Proz. für den halben Monat herabgesetzt worden. Man kann zugeben, daß das trotz der heutigen Zinsätze allgemein keine Entlastung zum Steuerhinterziehen darstellt. Dann ist die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent in Aussicht gestellt. Man wird nicht zu weit gehen mit der Behauptung, daß diese Ermäßigung sich nicht im Preis ausdrücken wird, obwohl sie doch als Zudeckel zum Sieb mit der Schutzollpolitik gedacht ist. Sie bedeutet effektiv eine Entlastung für den Kapitalisten (sei es Gewerbetreibender, sei es Handeltreibender), der heute jede Gelegenheit dazu benützt, um seine Preise nicht noch tiefer herabsetzen zu müssen. Steuertheoretisch gesprochen, er kann die Steuer in ihrem ganzen Umfange zurzeit nicht abwälzen. Die wirkliche Erleichterung kann erst bei einem größeren beziehungsweise völligen Abbau der Umsatzsteuer eintreten, von dem wohl Dawes, aber nicht Herr Luther spricht. Und noch ein anderer einmal sprach, Herr Dr. Schacht, der in einer seiner Dresdener Reden, wenn uns die Erinnerung nicht trügt, von der Umstellung der Umsatzsteuer speziell auf die Luxusprodukte sprach, mit dem Zweck der Erleichterung der Exportindustrie. Aber von durchdachten produktionspolitischen Plänen kann ja bei der gegenwärtigen Steuerpolitik überhaupt keine Rede sein.

Das alles ist erst Geplänkel im Vorfeld. Die Schlacht folgt nach und scharflich nach in diesem Jahre. Es gilt, die ersten Gesetze für die Dawes-Leistungen aus dem Staatshaushalt zu machen. Für 1925 handelt es sich noch um einen relativ kleinen Betrag: Ertrag der wegfallenden Beförderungsteuer, die seit Kriegsende von der Reichsbahn kommt. Sie ist für 1924/25 mit 110 Millionen veranschlagt worden, bringt aber bereits mehr und stellt nach den Dawes-Schätzungen immerhin ein Objekt von 250 bis 290 Millionen dar. Und dann kommt der große Coup: die erste Milliarde für Reparationen. . . . ? — Gefehlt! 110 Goldmillionen werden 1926/27 fällig und 500 Goldmillionen 1928/29! Es ist also noch geraume Zeit bis zu den eigentlichen Steuergeboten, die gemacht werden müssen, um Gott Dawes auf dem Altar der Reparationskommission zu opfern. „Was aber heute schon zur Diskussion steht, ist die organische Umgestaltung des deutschen Steuersystems. Man soll doch nicht vergessen, daß das Steuergesetzbuch eine Galopparbeit auf Grund der Ermächtigungsgesetze darstellt, deren interimistischer Charakter niemals geleugnet worden ist. Ein Steuerkatalog ist aber die diffizilste Angelegenheit von der Welt. Unter dem Druck der Verhältnisse ist keine Infertigung und die des Tariffchemas dem Guidünen der Bureaucratie überlassen worden. Aber auch sie arbeitete zudem noch ins Blaue hinein, da es an Unterlagen über den Ertragsstand, Einkommensumfang der Wirtschaft und Einkommensverteilung völlig fehlte. Charakteristisch sind die abnormen Abweichungen der Steuerwirklichkeit gegenüber den Ziffern des Voranschlags, die sonst verkwühend klein und selten sind. Man muß ruhig zugeben, daß das deutsche Steuersystem heute Härten aufweist. Dann aber nicht deshalb, weil überhaupt zum Beispiel direkte Steuern verlangt werden, sondern darum, weil das Tariffschema nicht differenziert genug gestaltet ist. Es wird zunächst einmal die eigentliche Aufgabe bilden, jeden Paragraphen der Steuergebot, jeden Tariffach genau durchzu-

Abrüstungspläne der dänischen Arbeiterregierung.

Ein radikaler Vorschlag.

Kopenhagen, 22. Juli. (Radio.)

Der Verteilungsminister des sozialdemokratischen Kabinetts Stanning hat jetzt seinen Vorschlag fertiggestellt. Das Kriegsministerium soll aufgelöst werden. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist durch eine Reservepolizei in Stärke von 7000 Mann geplant. Die Durchführung dieses Planes würde insgesamt für die Hilfs- und Seepolizei 11-12 Millionen Kronen jährlich kosten, während der bisherige Aufwand für die Unterhaltung der Truppen mit etwa 60 Millionen veranschlagt worden ist.

Die Verwirklichung des Vorschlages würde außerdem dazu führen, daß die Gebäude der Heeresverwaltung in einem Gesamtwerte von 400 Millionen Kronen teilweise für andere Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Minister hat die Absicht, für den Fall, daß er im Reichstage eine Mehrheit für seinen Plan nicht erhält, eine Volksabstimmung vorzunehmen zu lassen. Der Volksbund ist bereits über die Absicht der dänischen Regierung unterrichtet. Aktuell wird die Frage in Dänemark regiert, sobald der Reichstag im September zusammengetreten ist. (Siehe auch Pol. Notizen.)

prüfen. Wir brauchen Steuerspezialisten, um die auf ihrem Bureau thronende Fachbureaucratie zu stürzen. Das wird eine sehr wesentliche Aufgabe dieses Reichstages sein und ob er darüber fähig ist und ob die Bureaucratie sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt: es muß gemacht werden. Das Steuerwesen ist heute, abgesehen von den wenigen Rechtsanwältin, die sich als Steuerabwehrkämpfer „so durchschlagen“, zu einer Art Geheimlehre geworden, deren Schlüssel im Besitz der Bureaucratie ist. Bezeichnend dafür ist das Verhalten des Finanzministers anlässlich des Besuchs der Spinnengewerkschaften. Er verlangte Diskretion! In einer öffentlichen lebenswichtigen Angelegenheit in Beantwortung einer öffentlich gestellten Frage! Grund: er will sich nicht in die Karten gucken lassen. Was kann man nicht alles unter dem Deckmantel, daß es der „andere“ nicht zu hören bekommt, erzählen. Das ist, zumal in der Finanzpolitik, ein unmöglicher Zustand. Ihn aufrechtzuerhalten, heißt die Herrschaft der Bureaucratie in dieser Form verewigen. Denn nur mit Hilfe des Wortgeheims „vertraulich“ kann die Bureaucratie regieren.

Ein tadellos durchgeführtes, klug ausgewogenes, mit höchster Rationalität gehandhabtes Steuerwesen ist zum Wiederaufstieg Deutschlands genau so wichtig wie die Rationalisierung der Produktion. Es ist heute keineswegs vorhanden. Man hat im Sanierungswinter der deutschen Wirtschaft ein rasch zusammengeklüffelt Steuerreform übergeworfen — aber es ist nach den Maßstäben von 1913 gekürzt, zugleich der Abänderungen, die der nahezu heillosen Phantase des Meisters Luther einfielen. Der Dawes-Bericht hat auf einige Punkte hingewiesen, wo es nicht geht. Wir selbst haben es erlebt: Herr Stinnes zum Beispiel war noch im Jahre der erprobte Patriot, der Deutschland „half“, indem er die Substanz seines Unternehmens vor Zugriff der Finanzverwaltung bewahrte. Bei dieser erblichen Milliardenwanderung ohne Erbschaftsteuer lag keineswegs Steuerhinterziehung vor. Das ist eben der Skandal, daß solche „Transaktionen“ ohne Kollision mit dem Gesetz überhaupt gemacht werden können.

C. M.

Wird endlich wieder Recht in Deutschland?

Der Rechtsausschuß des Reichstages stimmte am Montag einem Antrag seines Unterausschusses auf Wiederaufnahme des Verfahrens über Urteile der bayerischen Volksgerichte zu. Der Entwurf dieses Gesetzes, gegen das sich auch im Unterausschuß der Vertreter der bayerischen Regierung mit aller Entschiedenheit ausgesprochen hatte, sieht im einzelnen vor, daß gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte die Wiederaufnahme des Verfahrens nach den Vorschriften der Strafprozessordnung mit folgenden Abänderungen stattfindet: Die Wiederaufnahme zugunsten der Verurteilten findet auch dann statt, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen die Nachprüfung der Sache im ordentlichen Verfahren notwendig erscheint. Ueber den Antrag auf Wiederaufnahme entscheidet die Strafkammer oder bei Nichtzuständigkeit der Landgerichte auf sofortige Beschwerde das Reichsgericht. Wenn die erneute Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht stattfindet, so kann die Staatsanwaltschaft die Hinzuziehung eines zweiten Richters beantragen.

Bei der Aussprache über die Aufhebung der Ausnahmezustände in Bayern und im Reich wandte sich der bayerische Gesandte v. Weger mit aller Schärfe gegen die Aufhebung; solange die kommunistische Partei den gewaltsamen Umsturz der Verfassung predigt, müßte auf Grund außerordentlicher Gesetze gegen sie vorgegangen werden. Für das Reichsministerium des Innern erklärte Staatssekretär Zweigert, daß bei den Zeitungsverboten auf Grund der Presseverordnungen mit der größten Zurückhaltung vorgegangen sei. Eine neue Verordnung, die das Verbot auch für Korrespondenten vorzieht, sei notwendig geworden, damit die Vorlage des Verbot nicht weiterhin umgehen könnte. Die kommunistische Presse habe in letzter Zeit die Aufforderung zum Hochverrat oft zu vermeiden gewußt, dagegen zur Aufsehnung gegen die Staatsordnung und zu Gewalttätigkeiten aufgefordert. Gegen diese strafbaren Handlungen biete die letzte Verordnung eine Handhabe. Die Verordnungen seien notwendig, um zu verhindern, daß der Geist des Umsturzes und der offenen Gewalt aus den Redaktionsstuben staatsfeindlicher Kreise in das Volk dringe und dort Unheil stifte.

Die Vertreter der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten sprachen sich für unbedingte Aufhebung der Ausnahmebestimmungen aus. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren gegen die Aufhebung, die Deutschnationalen verwarfen zwar den Ausnahmezustand, erklärten aber die Maßnahmen Bayerns als einwandfrei. Angenommen wurde ein Antrag auf Aufhebung der letzten Presseverordnung des Reichspräsidenten. Annahme fand ferner eine Entschlüsselung, welche die Reichsregierung ersucht, bei der bayerischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Verordnung des Generalstaatskommissars v. Kahr, die die Herstellung und Verbreitung kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften unter Strafe stellt, außer Kraft gesetzt wird. Schließlich wurde ein Antrag des Nationalsozialisten Graefe angenommen, alle von der Reichsregierung oder von Landesregierungen erlassenen Verbote politischer Parteien aufzuheben.

Die Partei des Bürgerkriegs.

Der militärische Apparat der K. P. D.

Am 8. Juli fand in Offen eine geheime Sitzung der militärischen Leiter der K. P. D. (Unterbezirk Offen) statt. Der Vertreter der kommunistischen Reichszentrale erklärte im Verlauf der Besprechungen u. a. folgendes:

Der bisherige Ankauf von Waffen ist einseitig worden, da die Mittel dazu nicht mehr vorhanden sind. Die Exekutive und die russische Partei können aus die Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Deshalb Genossen, heißt es zur Selbsthilfe greifen und dort die Waffen holen, wo sie zu haben sind. Jeder rote Soldat hat sich eine Waffe zu besorgen, denn das Schießrohr gehört zu jedem Kommunisten. Die Partei wird selbst in finanzieller Hinsicht in Kürze gezwungen sein, sich die nötigen Gelder zu verschaffen, gleichviel wo sie hergenommen werden. Aber Genossen, es heißt jetzt in aller Eile an die Durchführungen der Anweisungen zu gehen, um die Partei schlagfertig zu machen und dem drohenden Angriff der Bourgeoisie zu begegnen. Die beste militärische Organisation der Partei ist die des Bezirks Ruhrgau, welche in der letzten Zeit bemerkt hat, daß sie praktische Arbeit leistet. In kurzer Zeit wird das Verbot der Partei erfolgen, deshalb ist die Arbeit sofort in die Praxis umzusetzen. Jeder Genosse muß bestrebt sein, ein roter Offizier und Führer zu werden, um bei Ausbruch des Kampfes fähig zu sein, die zufliehenden Massen zu führen. Außer Parteigenossen dürfen in den militärischen Apparat keine Sympathisierenden aufgenommen werden. Zum militärischen Apparat gehört der Nachrichtenendienst, auf den auch besonderer Wert zu legen ist. Allen diesen Aufgaben wird die militärische Zentrale der Partei ihre größte Aufmerksamkeit widmen und jede Nachlässigkeit in dieser Beziehung bestrafen.

Die Erklärungen des Vertreters der kommunistischen Zentrale, die von der kommunistischen Presse natürlich bei der ersten besten Gelegenheit bestritten werden, ohne dadurch an Wert zu verlieren, bekräftigen, daß die kommunistische Partei keine Ideale hat, sondern darauf ausgeht, auf dem Wege des Verbrechens sich durchzusetzen. Mit einer solchen „Partei“ kann es für uns keine Gemeinschaft geben.

Innungsmeister als Wucherer.

Ein interessantes Gerichtsurteil.

Als einen Hohn auf den Preisabbau bezeichnete der Vorsitzende einer Abteilung des erweiterten Schöffengerichts Berlin-Mitte das Vorgehen der Berliner Innung zum Schutz der Schuhmacher, deren Obermeister Edelstein sich wegen Preistreiberei zu verantworten hatte. Der Schuhmachermeister Wolff, der eine Schuhfabrik betreibt, hatte seiner aus Arbeitern bestehenden Kundenschaft die Schuhe und Stiefel unter den von der Innung festgesetzten Höchstpreisen verkauft. Für genähte Schuhe rechnete Wolff 3,50 Mk., für genähte 4,50 Mk. Einmal Tages erhielt er nun von der Zwangsinnung einen Strafbefehl über 25 Mark, weil er zu billig arbeite. Der Schuhmachermeister wandte sich an die Wucherpolizei, und es kam zu der Anklage wegen Preistreiberei gegen Obermeister Edelstein.

Der Gericht suchte der Angeklagte nachzuweisen, daß Wolff keine handwerksmäßige Arbeit geleistet habe. Die Stiefel seien untauglich gewesen, und auch sonst sei die Arbeit wenig sauber ausgeführt, infolgedessen gesundheitsgefährlich. Dem erwiderte der Vorsitzende, daß die Arbeiter jener Gegend wohl keine Luxusarbeit verlangten, und daß es ihrer Gesundheit dienlicher sei, wenn sie zwei Mark weniger für die Sohlen bezahlten und sich dafür ein Paar Butter kaufen könnten. Der Zeuge Wolff erklärte, daß er bei seinen Preisen ein gutes Auskommen gefunden habe. Für Leder und Material rechne er 1,20 Mark, für Arbeitslohn 1,30 Mark, sodas ihm außer dem Arbeitsverdienst, da er ohne Gehälter arbeite, einschließlich der anderen Einkünfte ein Nettoverdienst von einer Mark bleibe. Er habe keineswegs Arbeitslieder verwendet. Der Vertreter der Anklage hielt den von der Innung beantragten Ausschlag von 100 Prozent zu dem Arbeitslohn für viel zu hoch. Er beantragte, Obermeister Edelstein zu drei Monaten Gefängnis und 100 Geldmark Strafe zu verurteilen, außerdem, damit das Urteil in den weitesten Kreisen bekannt werde und abschreckend wirke, Bekanntgabe in 7 Tagesschriften und an den Titelsäulen. Der Vertreter erklärte, daß er sprachlos über den Strafantrag sei und auf Freisprechung rechne, da der Angeklagte nur im Rahmen der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Satzungen der Zwangsinnung rechtmäßig gehandelt habe. Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen Minderheiten der Preistreiberei zu 500 Mark Geldstrafe; weiter ordnete das Gericht den Aushang des Urteils in den Geschäftsräumen der Innung und die Bekanntgabe in den Tageszeitungen an.

In den Urteilsgründen wird gesagt, daß der Angeklagte sich des Vergehens gegen § 8 der Preistreibereiverordnung schuldig gemacht habe. Was über die schlechte Arbeit angeführt worden sei, habe nur zur Verhinderung dienen sollen. Die Preise sollten nicht unterboten werden. Der Innung wäre es recht gewesen, wenn Wolff sich an ihre Richtpreise gehalten hätte, und sie hätte sich dann nicht daran gelehrt, ob die Arbeit gut oder schlecht sei. Darin liege eine preistreibereiartige Minderheiten. Jeder Preisabbau sollte unterbunden werden. Der Arbeiter und kleine Beamte verdienen nicht so viel, um für das Besohlen einen Preis von 6,50 Mark zu bezahlen. Es liege kein Grund vor, daß die Schuhmacher, während die Arbeiter und Beamten längst nicht das Friedensentkommen haben, das Doppelte und mehr verdienen. Auch die Handwerker müßten wie andere Volksgenossen in ihren Ansvücken heruntergehen.

Aufsichtsräte und Erwerbslose.

Der Kampf um die Erhöhung der Familienzuschläge.

Am Montagsauschuß des Reichstages begründete am Montag bei der Beratung der Besätze der Erwerbslosen und der Abfindungsrenten der Kriegsbeschädigten unter 20% Genosse des sozialdemokratischen Antrags, die Aufsichtsratssteuer von 20 auf 100% zu erhöhen. Dadurch soll die Deckung geschaffen werden für die vom Sozialversicherungsamt beantragte Erhöhung der Familienzuschläge um 100 Prozent, die der Reichsfinanzminister am Sonnabend mangels Deckung abgelehnt hatte. Reich die Deckung nicht aus, so löst der Rest von den Berufsgenossenschaften entsprechend ihren Mitgliedsbeiträgen unter Ausschluß der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten aufgebracht werden. Der deutschnationale Abgeordnete Mumm lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab, weil dann überhaupt keine Lantien mehr ausgeschüttet würden. Demgegenüber unterstützte Genosse Herz, daß diese Steuer die denkbar sozialste und zugleich das Unrecht der Aufsichtsräte an den Aktionären wieder gut zu machen geeignet sei. Schon deshalb sei der konstitutorische Antrag der Sozialdemokratie gerechtfertigt. Dem Reichsfinanzministerium erbat er Aufklärung über die merkwürdige Tatsache, daß nach den amtlichen Ausweisen über Steuerertrommen die Landwirtschaft an Landtaggabe 12 Millionen Goldmark mehr zurückhalten habe, als überhaupt entrichtet worden sei. Die sozialdemokratische Fraktion werde im Falle der Ablehnung ihres Antrages durch neue Anträge den Weg zeigen, auf dem die Familienzuschläge der Erwerbslosen um 100% erhöht werden könnten. Für die Völkischen erklärte Mülle, daß sie sich die Stellungnahme zu der Aufsichtsratssteuer vorbehalten werden. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Familienzuschläge um 100 Prozent, mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und Völkischen abgelehnt und ein Antrag des Centrums auf Erhöhung der Familienzuschläge um 50 Prozent angenommen.

Die Verfolgung unserer Presse.

Breslau, 19. Juli.

Im vorigen Jahre veröffentlichte die „Breslauer Volkswacht“ mehrere Angriffe gegen den Reichswehrminister wegen der Beziehungen zwischen schlesischen Reichswehrstellen und privaten, bewaffneten Organisationen, die vom Reichswehrministerium offiziell abgelehnt wurden. Vergebens verlangte unser Parteiblatt damals wiederholt, der Reichswehrminister möge Befeidigungsfragen erheben, damit die Behauptungen vor Gericht bewiesen werden könnten. Das Reichswehrministerium schwiege sich aus. Jetzt, nach über einem Jahre, wird endlich ein Strafverfahren gegen die „Volkswacht“ eröffnet, nachdem in der Zwischenzeit die Möglichkeiten eines Wahrheitsbeweises für die vorjährigen Vorgänge natürlich geringer geworden sind. Aber auch jetzt noch ist man vielen Wahrheitsbeweisen zu fürchten, denn es ist nur in einziger Lage aus einem Artikel unseres Parteiblattes unter Anklage gestellt worden, der eine formale Befeidigung Gehlers enthalten hat. Es besteht somit die Gefahr, daß ein Wahrheitsbeweis von dem Gericht überhaupt nicht zugelassen wird.

England und die Pfalzfrage.

Der Machtrausch der französischen Generale.

Hugh. F. Spender zur Pfalzfrage.

In der Juliarausgabe der bekannten Monatszeitschrift „Foreign Affairs“ nimmt der Herausgeber der Westminster Gazette Hugh. F. Spender in einer längeren beachtenswerten Aufsatzführung erneut Stellung zur Pfalzfrage und weist nach, wie der Friedenswille der neuen französischen Regierung und ihre Befriedigungsmaßnahmen (Ausweisung für die politischen Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen) von der französischen Befehlshaberbehörde, insbesondere General Degoutte im Ruhrgebiet und General de Metz in der Pfalz, planmäßig sabotiert und durch

neue Quartierforderungen für die Befehlstruppen illusorisch gemacht werden sollen. Auch das Verhalten der Rheinlandkommission, die trotz der Proteste des englischen Vertreters lange Zeit als Werkzeuge der französischen militärischen Politik benutzt worden sei, wäre nicht geeignet, die Befriedigung zu fördern. Immer noch erlasse sie Ordonanzen zur Bedrohung und Unterdrückung der rheinischen Bevölkerung. Wenn auch die im Jahre 1923 von dem französischen und belgischen Oberkommissar allein erlassenen Ordonanzen ungeschicklich seien, so dürften deswegen die britische Regierung nicht untätig bei Seite stehen und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie trage vielmehr für die Rückgängigmachung der nach ihrer eigenen Auffassung unglücklichen Anordnungen, insbesondere der Ausweisungen, ein rechtliche moralische Mitverantwortung. Alle Geldstrafen, Gefängnisstrafen und Ausweisungen seien unter der Firma „Internationaler Rheinlandkommission“ sowohl im Namen Frankreichs wie auch Englands verhängt worden. So habe ja der Provinzdelegierte für die Pfalz, General de Metz, ausdrücklich erklärt, auch der Vertreter des Königs Georg in der Pfalz zu sein. Damit suche der General für die Fortsetzung seiner auf einer Lostrennung der Pfalz von Bayern und Reich gerichteten Ziele eine Deckung durch die englische Regierung vorzutauschen und alle Proteste Deutschlands mit diesem Hinweis abzulenken. Das Herz des ganzen Problems sei die Rheinlandkommission. Die Stimme Englands sei zu einer demütigenden Farce geworden. Es sei zu hoffen, daß die Regierung MacDonalds jetzt auf das Stimmrecht Englands in der Kommission bestünde. Eine strenge Linie der englischen Politik in dieser Richtung würde auch den Befriedigungsabsichten der Herrits dienen, da er große Schwierigkeiten habe, die französischen Generale, die bisher die französische Politik geführt hätten, zur Vernunft zu bringen.

Viele Sabotierung der Befriedigungsmaßnahmen Herrits wird von Spender in keinen Schlußfolgerungen nochmals in den Brennpunkt des aktuellen politischen Geschehens gerückt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, in der Bevölkerung der besetzten Gebiete die für die Lösung des Renanationsproblems erforderliche seelische und geistige Bereitschaft auszubilden. Andernfalls werde dies der deutschen Regierung insofern der anwenden Welle nationalen Züfrens trotz aller Bemühungen unmöglich werden, wodurch die notwendige Befriedigung Europas in Frage gestellt würde.

Berlin, 21. Juli.

Wie der sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, sind zurzeit noch 800 politische Gefangene von der Ruhrbefehlung nicht entlassen. Von den 150- bis 160 000 ausgewiesenen Deutschen sind bisher etwa 40 000 nicht in die Heimat zurückgekehrt. Unter ihnen befinden sich vor allem obere und mittlere Beamte, sowie führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, also gerade solche Kräfte, die für die Verwaltung und das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet besonders notwendig sind.

Deutschland der Schrittmacher des Zwölfstundentages.

Polen folgt nach.

Hindenburg, 20. Juli.

Die polnische Regierung hat jetzt auf dem Verordnungswege eine Verlängerung der Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien um zwei Stunden zugelassen. Diese Zulassung ist selbstverständlich gleichbedeutend mit einer Anordnung, denn es wird in ganz Polnisch-Oberschlesien kaum einen Unternehmer geben, der von dem Recht, zwei Stunden länger arbeiten zu lassen, nicht Gebrauch macht. Die Verordnung der polnischen Regierung war auf Grund der Politik des Reichsarbeitsministers gegenüber der Arbeitszeit zu erwarten. So wird Herr Brauns auf die Dauer auch der Verfechter des Zehnstundentages in den an Deutschland angrenzenden Gebieten sein.

Kattowitz, 19. Juli.

Wie der Oberschlesische Kurier meldet, tief die Regierungsverordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit unter der Arbeiterschaft der oberchlesischen Hüttenindustrie Erregung hervor. Als gestern die Bekanntgabe im Hüttenrevier Rodzin-Schoppinik erfolgte, kam es zu lebhaften Kundgebungen. Die gesamte Belegschaften der Hütten Uthemann, Bernhard- und Paulshütte nahmen heute die Arbeit nicht wieder auf, sondern demonstrierten vor dem Verwaltungsgebäude. Die Organisationsvertreter wurden nach Rodzin berufen, um die Arbeiterschaft zu beruhigen. Inzwischen gelang es auch, die Arbeiterschaft wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen.

Schwientochlowitz, 17. Juli.

Die Direktion der Falzhütte legte für heute und Montag Feierlichkeiten ein, um Dienstag mit der Einführung des Zwölfstundentages zu beginnen. Die gesamte Belegschaft beschloß darauf, das Werk zu verlassen. Die Notstandsarbeiten werden von Beamten ausgeführt. Ähnliche Vorgänge spielten sich auf der Stelvia-Alpine-Hütte ab.

Politische Notizen.

Berlin, 21. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag nach einem Bericht des Genossen Hermann Müller mit der innen- und außenpolitischen Lage. Im Verlauf der Debatte kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß innerhalb der Arbeiterschaft über die Politik der Regierung, insbesondere die Zollvorlage und ihre Haltung zur Arbeitszeitfrage große Erregung herrscht. Die vom Fraktionsvorsitzenden inzwischen eingereichte Interpellation über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens wurde allgemein begrüßt. Die Fraktionsberatungen werden im Laufe der nächsten Tage fortgesetzt.

Hannover, 21. Juli. Oberbürgermeister Reinert hat gegen den Abbaubeschluss der bürgerlichen Mehrheit des Stadtratsordnungs-Komitees, der sich gegen seine Person richtet, Einspruch erhoben. Reinert erklärt, daß der Beschluß der Stadtratsordnungs-Komitee mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht im Einklang steht.

Böhm, 21. Juli. Die Belegschaft der Zeche „Verlorener Sohn“ ist zum 1. August gekündigt worden. Als Begründung dieser Massenentlassung gibt die Verwaltung Geld- und Kreditmangel an; sie teilt gleichzeitig mit, daß der Betrieb zum 1. August wieder aufgenommen werde, wenn die Belegschaft sich mit einem 15prozentigen Lohnabbau einverstanden erklärt, da nur so der Betrieb ohne Verlust weitergeführt werden könne.

Genf, 21. Juli. Professor Einlein ist am Montag in Genf eingetroffen, um an den Beratungen der dem Völkerbund angegliederten Internationalen Arbeitsgemeinschaft geistiger Arbeiter, der er als Vertreter Deutschlands angehört, teilzunehmen.

Kopenhagen, 21. Juli. Die dänische Arbeiterregierung beabsichtigt eine energische Abrüstungsaktion durchzuführen. Genosse Kriegsminister Asmussen erklärte in einer dänischen Provinzzeitung über seine Militärreformvorlage, welche demnächst im Reichstag eingebracht werden soll, er hoffe, daß in drei Jahren das dänische Heer nur ein Sechstel des jetzigen Heeres ausmachen werde. Die Armee werde dann durch ein Reservecorps von 7000 Mann, welche innerhalb von 24 Stunden einberufen werden können, ergänzt werden. Die Dienstzeit soll für alle Waffengattungen nur 3 bis 4 Monate dauern.

Besonders preiswertes Angebot!

- Sagesgespräch Nr. 1 12 cm. Stück **10**
 - Sagesgespräch Nr. 2 12 1/8 cm. Stück **12**
 - Sagesgespräch Nr. 3 12 cm. (Sumatra mit Felix Profil) Stück **15**
- Hinrich Buse**
Breite Straße 55 (Gte Johannisstr. 1).

Zum Tode verurteilt sind
Bäume, Wägen in 1/2 Stunde unter Garantie Flöhe, Brei bei Mensch u. Tier
„Riesolda“, gel. gelich. Mittel, 100 000mal bewährt
Verkauf: Aegidienstraße 4. 1970

Fahrräder
Teilzahlung
ohne jeglichen Preiszuschlag ab.
Bei Anzahlung der halben Kaufsumme wird das Rad sofort ausgehändigt.
Leichtmotorräder vorrätig.
Fahrrad-Haus Ernst Wehrendt
56 Engelswisch 56

Hut-Ziele
Herren-Hut-Reparaturen jeder Art. 1930
Neu-Verkauf von Hüten und Hülsen.
Albert Ziehe, Hütm., Wahnstr. 9.

Privat-Handelskurse.
Die Unterrichtskurse für Stenographie und Buchhaltung beginnen am 29. Juli.
Karl Hinzpeter, Pöhlstraße 5.

Geden Dienstag und Freitag von 9-6 Uhr:
Bierbier.
5674 H. Bade.

Lehrmeister-Bibliothek
empfehlen mit folgenden Nummern
à 25 Pfennig.

- Nr. 1. Der Hausgarten.
- 2. Zimmergärtneret.
- 3. Gimmachen der Früchte.
- 6. Konarienwahr.
- 10/11. Leitfaden zur Bienenzucht.
- 12/14. Selbstinkultivierung.
- 26/29. Reiter und Pferd.
- 35/39. Gemüßebau.
- 40. Schnitt des Spinobit.
- 41. Schnitt des Kernettes.
- 42. Insektenfressende Pflanzen.
- 43. Blumenkinder.
- 45. Monatskalendar für den Obstbau.
- 47/48. Die wichtigsten Pilze.
- 57. Blumenkinder.
- 55/59. Krankheiten der Obstgewächse.
- 78. Ziermäucher.
- 79. Monatskalendar für d. Blumengarten.
- 80/81. Moderne Garteneinrichtungen.
- 82. Sommerblumen.
- 92/94. Obstschnecken.
- 95/96. Geflügelzucht.
- 97/98. Sägemasse Düngung der Haus-tiere.
- 104. Anleitung zum Pflanzenjammeln.
- 111. Lognender Kartoffelbau.
- 113. Der Weinbau und seine Pflege.
- 115. Gartenbau.
- 116. Pflanzen und Pflege d. Obstbäume.
- 118/120. Feldgemüßebau.
- Nr. 135/139. Kraftwagen als Luxusfahrzeug.
- 141. Cestrien.
- 142. Koniferen.
- 143. Ausdauernde Schattenpflanzen.
- 144/145. Die Kaktien.
- 146. Der Championzüchter.
- 147/148. Die Getreidearten.
- 149. Züchtungslehre.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung d. Lübecker Volksboten
Johannisstraße 45.



Denkt daran: Vormittags ist die beste Kaufgelegenheit.

Reste in Handtuchstoffen Meter	28 ²⁵	Restposten Unterröcke aus gutem Waschstoff nur	2 ⁹⁵
Reste in Hemdentüchern Meter	39 ²⁵	Restposten Damen-Mäntel aus reiwoll. Zwirncovercoat . . . nur	9 ⁷⁵
Reste in züchen, für Bettbezüge. Meter	75 ²⁵	Restposten Damen-Mäntel aus deutschwoll. Covercoat . . nur	11 ⁷⁵
Reste in Sportflaneln Meter	59 ²⁵	Restposten Kostüme a. Donegal . . nur	8 ⁷⁵
Reste in Schürzenstoffen Meter	1 ¹⁵	Restposten Kostüme aus Donegal auf Seidenserge nur	16 ⁷⁵
Ein Restposten Geschirrtücher	28 ²⁵	Restposten Herren-Sporthemden, la. Panama, mit Kragen . .	4 ⁹⁵
Ein Restposten Frotteerhandtücher	95 ²⁵	Restposten Herren-Oberhemden, la. Perkal, mit pass. Kragen	4 ⁹⁵
Ein Restposten summierte Badehauben	1 ¹⁵	Restposten Selbstbinder, einfarbig und gestreift	95 ²⁵
Restposten Damen-Taghemden . .	95 ²⁵	Restposten Rosenträger aus bwoll. Gurtband, mit Gummibiese	50 ²⁵
Restposten Spielhöschen	1 ⁷⁵	Restposten Damen-Überziehhäckerchen, la. reine Wolle	3 ⁹⁵
Restposten Nachjackets, mit Langguete	2 ⁷⁵	Restposten Sportwesten, reine Wolle, schöne aparte Streifen . . .	9 ⁷⁵
Restposten Herrenhemden in Sportflanel u. Kretonne	2 ⁹⁵	Restposten Damen-Strümpfe, grau und weiß, moderne Streifen	95 ²⁵
Restposten Hüthalter u. Reformleibchen	1 ²⁵	Restposten Damen-Strümpfe, beste Kunstseide, schwere Qualität	2 ⁹⁵
Restposten Zierschürzen mit Volant, bedruckt, Kretonne	1 ²⁵	Restposten Damen-Handschuhe, gute Zwirnqualität, farbig.	45 ²⁵
Restposten div. Taschentücher . .	10 ²⁵	Restposten Herren-Handschuhe, gute Zwirnqualität, farbig.	55 ²⁵
Restposten Krapp Meter	75 ²⁵	Restposten Damen-Handschuhe, la. Schwedenleder	2 ⁹⁵
Restposten Wollmusseline Meter	1 ⁹⁵	Restposten Damen-Hemdchen, 2x2 gestr., feine Baumwolle . . .	55 ²⁵
Restposten Schotten Meter	65 ²⁵	Restposten Herren-Mosen, gut. haltbare Qualität, weiß, Gr. 4 u. 5	2 ⁴⁵
Restposten Kleiderstoffe Meter	1 ²⁵	Gardinen-Reste Meter	90 ²⁵
Restposten Wachsamit Meter	2 ⁹⁵	Borden-Reste Meter	30 ²⁵
Restposten Rohseide, gestreift Meter	3 ⁹⁵	Scheibengard.-Reste Meter	40 ²⁵
Reste in baumwollenen Musselinen Meter	45 ²⁵	Restposten Damen-Halbschuhe, braun und schwarz Leinen, moderne Form, halbhocher Absatz Gr. 36 u. 37	1 ⁹⁵
Reste in Frottee Meter	95 ²⁵	Restposten Damen-Halbschuhe, braun Boxkalf, mod. spitze und breite Form, elegante Ausführung Gr. 36-39	7 ⁵⁰
Reste in Blusenstoffen Meter	50 ²⁵	Restposten Herren-Stiefel, Rindbox moderne runde Form, reine Lederausführung Gr. 40-44	6 ⁷⁵
Reste in Donegal Meter	1 ⁹⁵	Restposten Kinder-Stiefel, breite schöne Formen, reine Lederausführung 36-39 5.50 31-35 4.50 27-30	3 ⁹⁰
Reste in Eolienne Meter	2 ⁹⁵	Qualitätsware! Sonder-Angebot!	
Reste in Crepe de Chine Meter	3 ⁹⁵	Ein Posten Dorndorf-Stiefel und -Halbschuhe für Damen und Herren, braun Boxkalf, das beste, was in Deutschland hergestellt wird, früher bis 36.- jetzt jedes Paar	19 ⁷⁵
Restposten Kinderkleider a. Baumwollmusseline nur	2 ²⁵	Ein Posten Einzelpaare Damen-Lack-Spangen- u. Schnürschuhe in vielen verschiedenen Ausführungen und Formen	
Restposten Kleider aus gutem Frottee nur	9 ⁷⁵	10 ⁵⁰	
Restposten Kleider aus Baumwollmusseline nur	7 ⁵⁰		
Restposten Blusen aus Crepe de Chine	9 ⁷⁵		
Restposten Blusen a. Waschseide . nur	9 ⁷⁵		
Restposten Röcke aus Donegal, für Sportzwecke nur	7 ⁹⁵		
Restposten Röcke aus Cheviot . . . nur	5 ²⁵		



Freistaat Lübeck.

Dienstag, 22. Juli.

Aus der Bürgerschaft.

Bau- und Kleingartenfragen. — Vorstöße der Hausbesitzer. — Erwerbslose und Tariflöhne. — Der Abstreifungsparagraph. — Volksparteiler in Reinkultur.

Eine recht sonderbare Mitteilung kam gestern vom Senat: die Flenderwerft baut in diesem Jahr keine Arbeiterwohnungen. Sie hatte einen recht wesentlichen Zuschuß beantragt und versprochen, noch in diesem Jahr einige hundert Wohnungen zu errichten. Die Bürgerschaft bewilligte und nun läßt die Flenderwerft mitteilen, daß sie nicht in der Lage ist usw. Gute Ausreden sind auch heute noch einen Taler wert. Hier wird wieder einmal demonstriert, wie die Großindustrie im Staatsinteresse — mit dem Munde — arbeitet. Großspurige Anpreisungen und keine Taten.

Die Wohnungsnot spielte bei verschiedenen Anträgen eine Rolle. Sie kam auch zur Sprache, als man über Straßenregulierungen debattierte, die die Hausbesitzer so sehr in Wallung bringen. Angenehm ist es gewiß nicht, wenn man das Kopfsteinpflaster in einzelnen Straßen herausreißt, um andere damit zu belegen. Der Staat will Geld sparen und weiß keinen anderen Ausweg. Der Senat mit seiner hohen Behörde erklärt, sachtechnisch und finanziell sei es so das Beste. Die Hausbesitzer leben in dieser Umplasterung einen Betrag. Der Senat sagt, den Hauseignern sei das Allgemeinwohl schnuppe. Somit aber baut man in Lübeck auch auf eigene Faust und ändert nachher die Baufluchten, wie man auch die Straßen vorher aufreißt — der Eilbedürftigkeit wegen. Die Herstellung von Baupflöhen an der Hansastraße führte zu dem unangenehmen Zwischenfall, daß entweder die Vorarbeiten zum Wohnungsbau begonnen werden oder die Kleingärtner den Ertrag ihrer Ernte abwarten. Man entschied sich für das erstere. Es ist ja zu bedauern, wenn Arbeit und Freude in Nichts zerfließen, denn diese können durch keine noch so hohe Entschädigungen ersetzt werden, aber die Welt ist heute einmal so brutal. Gehört hätten auch wir gern die Antwort des Senats auf die Anfrage, ob der Staat 100 000 Mark Kreditzuschuß für das Geschäftshaus am Bahnhof gegeben hat. Doch davon wußte Senator Straß noch nichts. Nach Gehört werden im Bauamt Torheiten gemacht. Vielleicht klärt sich der Himmel noch.

Die Debatten über Straßenpflasterungen wurden von den Kommunisten zu billiger Reklame für den Erwerbslosenfang benutzt. Sie leisteten sich sogar das Vergnügen, in einem Fall den Antrag auf Tariflohn für die Arbeiter zu stellen, obwohl der Antrag die Herstellung zu Tariflöhnen selbst vorschlag.

Wir wollen kein Wort über die grenzenlose Not der Erwerbslosen verlieren. Wo etwas für sie herauszuholen ist, da hat die sozialdemokratische Fraktion stets darauf gedrungen. Es ist ja leicht, in offener Verhandlung das Zehnfache zu beantragen, wenn man sich über die Durchführbarkeit weiter keine Sorgen macht, so wie z. B. die Kommunisten. Lübeck ist ja ein Reich für sich, das von der Luft lebt oder leben müßte, wenn es nach den „Bewilligungen“ der Moskowiter ginge. Auch unsere Fraktion stimmte größtenteils für einen zwischen durch eingebrachten Antrag, Tariflöhne für Notstandsarbeiten zu zahlen. Die Annahme dieses Antrages hat nun zur Folge, daß diejenigen Erwerbslosen, die 1/2 Jahr ausgesteuert sind, Tariflöhne erhalten — sie können diese gewiß gut gebrauchen —, während die übrigen zu Notstandsarbeiten verurteilten den kümmerlichen Unterstützungssatz bekommen. Eine Korrektur ist hier unvermeidlich. Die Forderung nach Tariflöhnen für Notstandsarbeiten hat unsere Partei und der LGB. längst erhoben, aber hier hat das Reich noch mitzusprechen. Wir hoffen, daß die bürgerlichen Mitglieder, die dafür stimmten, nun auch ihre Abgeordneten dahin instruieren.

Eine erregte Debatte entfiel der der Wirtschaftsgemeinschaft angehörende Zentrumsmann Dr. Siering bei dem Antrag auf Aufhebung des § 218. Nachdem Genosse Passarge in aller Sachlichkeit das Resultat der Ausschüßberatung mitgeteilt hatte, benutzte Dr. Siering die Gelegenheit, um eine Attacke gegen die allgemeine Unfähigkeit zu reiten und dem arbeitenden Volke jesuitische Dolchstöße zu versetzen. Dem sonst so geachteten Mann kam es gar nicht in den Sinn, daß er durch seine einseitig vorgebrachte Sachgelehrtheit gerade das Anklagematerial gegen die kapitalistische und volksfeindliche Klasse zusammengetragen hatte. Genosse Haut brachte denn auch den ehrsüchtigen Herrn durch wichtigen Stoß zu Fall. Die moralisierenden Tabletten Dr. Sierings zerfielen in dünnste Dämpfe und hinterließen nur einen bitteren Geschmack einer falsch destillierten Medizin. Schade, daß Herr Dr. Siering so spät abgefertigt werden mußte, aber eine solche Pfaffenpredigt kann nicht anders als durch Gegengift vernichtet werden.

Herr Rechtsanwalt Ewers, dessen politische Intelligenz erst am Montag im Volksboten bekräftigt wurde, hatte das Bedürfnis, wieder einmal sein Kerykeion anzustreifen und der Welt zu beweisen, daß gesunder Menschenverstand nur in seinem und in senatsseitig ausgewählten Juristentöpfen zu finden ist. Er postierte plump und hochtrabend gegen die sachlich unanfechtbaren Darlegungen des Genossen Brehmer an, immer in der Auffassung, daß das eigene Blendlicht die beste Waffe sei, den Gegner abzuschreien. Daß die Volksparteiler den Antrag Bitterns ablehnten, den Ländern größere Bewegungsfreiheit in Steuerfragen zu geben, ist wohl nur darauf zurückzuführen, weil sie glauben, das Reich werde die Einkommensteuer schärfer anziehen als es durch Zuschläge der bankrotten Einzelstaaten geschehen würde. — Um 10 Uhr wurde endlich die Beschlußfähigkeit des leeren Hauses angewiesen.

Den Vorsitz im Senat hat für die Dauer der Abwesenheit des Bürgermeisters D. Dr. Neumann Senator Löwig übernommen.

Hoher Besuch! Gestern mittag gegen 11 Uhr fuhr S. e. majestätische Königl. Hoheit der Kronprinz mit einem ausländischen Auto in Begleitung mehrerer Herren durch die Straßen unserer Stadt. Höchstselbst leitete den Wagen persönlich. Er wunderte sich zwar ein bißchen, daß ihn verschiedene Einwohner erkannten und nicht Hurra schrien, und diejenigen, die es nachher erfuhren, waren tief bestürzt, ihr stolzes Herz nicht aufjubeln

lassen zu können. Aber eine kleine Freude wurde dem königlichen Gebieth noch in Borwerk zuteil, als er dort am Kriegertempel von der Schuljugend angejubelt wurde. Der Herr v. Hohenzollern stattete in Borwerk dem Major Drewes einen Besuch ab. Und Lübeck ahnte nichts von diesem einzigartigen Ereignis. So unglück und undankbar. Rufen wir nachträglich im Namen der Treudeutschen: Heil!

28. deutscher Krankenkassenstag. Der 28. deutsche Krankenkassenstag, die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V. in Dresden, tagt am 27. und 28. Juli d. Js. in Hamburg. Für die Sozialversicherung und besonders für die Krankenkassen wird diese Tagung überragende Bedeutung haben, da der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit rund 1600 Kassen und fast 12 Millionen Versicherten die größte Organisation der deutschen Krankenversicherung überhaupt darstellt und wohl eine der größten Organisationen der Welt ist. Die Tagesordnung sieht u. a. vor Vorträge über den Umbau der Sozialversicherung, die Wiedereinnahme der sozialhygienischen Arbeiten und die Arztfrage. Wie werden über die Tagung berichten.

Die Gemeinde. Das jüdische erscheinene neue zweite Jahrgang der sozialdemokratischen kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ ist in einem Spezialteil wiederum den Problemen der Jugendwohlfahrt gewidmet. Es enthält dazu Aufsätze von Toni Büßler über den „Aufgabenkreis der Jugendämter“, Johannes Heymann über „Die neuen gesetzlichen Bestimmungen der Volkshilfs- und Arbeiterwohlfahrt“ von Ernst Böhm über „Jugendfürsorge in Magdeburg“. Im allgemeinen Teile enthält die neue Nummer Aufsätze von Dr. Bruno Borchardt-Berlin „Gemeinde und Radio“, Dr. Heimerich-Nürnberg „Das Problem der Kleinrentnerfürsorge“, Ernst Reuter-Berlin „Sachverständigenrat und Gemeindefinanzen“, Dr. Karl Herz-Spandau „Selbstverwaltung und Polizei“, außerdem Notizen zur Gesetzgebung, Verwaltung und kommunalen Einzelfragen. „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und ist durch alle Postanstalten und die Buchhandlung des Lübecker Volksboten oder direkt durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Nehmt keine Gras- und Getreidehalme in den Mund! Eine gefährliche Angste ist es, Gras oder Getreidehalme, vor allem Gerstehalme, in den Mund zu nehmen. Häufig findet sich nämlich auf Gräsern, vorzugsweise auf der Gerste, der Erreger der Strahlenpilzkrankung, und diese kann dadurch, daß die Gassen (Nehrentscheln) solcher Gräser sich in die Haut oder in die Schleimhaut des Mundes einnisten, in die Gewebe dringen und so örtliche Entzündungen herbeiführen. Die lokale Erkrankung zeigt aber sehr stark dazu, sich in andere Körpergegenden oder Organe zu verpflanzen. Die Strahlenpilzkrankung ist sehr bösartig und unter Umständen lebensgefährlich; durch die Reizung der Verpflanzung auf den ganzen Körper bleibt die Operation des Ausherbendes der Krankheit meist erfolglos. Also Vorsicht.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden ein Bürogehilfe aus Garz wegen Unterschlagung zur Nachteil eines Anwohners der St. Annenstraße, ein Matrose aus Halskoop, der von Seiten der

Staatsanwaltschaft in Schwerin heimlichlich gesucht wurde, ein Hausbesitzer von hier, der in der Reichsant ein Fahrrad gestohlen hatte, ein Tischler aus Ankum, der von der Staatsanwaltschaft in Braunschweig wegen Betruges heimlichlich gesucht wurde, zwei polnische Arbeiterinnen und ein Arbeiter aus Travemünde bei Karrentin, weil sie hier in verschiedenen Geschäften Warenbitteln ausgeführt hatten, ein Arbeiter aus Travemünde, der heimlichlich zwei Fahrräder und auf einer Nacht verlobte Sachen gestohlen hatte und ein Dienstmädchen von hier, welches seine in der Johannisstraße wohnhafte Herrschaft betrogen hatte.

pb. Razzia. In den letzten Nächten bzw. in den frühen Morgenstunden wurden seitens der Beamten der Stadtpolizei Razzien abgehalten und hierbei eine große Anzahl Privatpersonen aufgegriffen, 6 davon wurden teils aus hygienischen Gründen, teils weil sie sich strafbar gemacht hatten, dem Markthofgefängnis zugeführt.

pb. Diebstahl in Travemünde. In der Sechadenstraße in Travemünde wurden aus einer verschlossenen Kabine gestohlen: ein Ring mit 2 Karatigem Brillanten, in Platin eingefaßt, im Werte von 2000 Goldmark und eine goldene Uhr mit Sprundel und Schlagwerk, Schweizer Fabrikat mit langer goldener Kette und zwei Anhängern.

pb. Vermißt wird seit dem 15. d. Mts. der Kaufmannslehrling Heinrich Bujak, geb. 6. 9. 1907 zu Lübeck. Der Vermißte ist 160 Zentimeter groß, kräftig gebaut, blond, hat blaue Augen, gesunde Gesichtsfarbe und war bekleidet mit schwarzem Jackett, grauer Hose und dunkelem Filzhut. Personen, die sachdienliche Angaben über den Aufenthalt des Vermißten machen können, werden ersucht, sich im Büro der Kriminalpolizei, Zimmer 6, zu melden.

pb. Eine Diebesgesellschaft festgenommen. Vor einigen Tagen ist in einem industriellen Unternehmen der d. m. Heilantor ein Einbruch verübt bei dem die Diebe in das Kontor drangen, dort verschiedene Werte ertrugen. In einem derselben fanden sie die Schlüssel zu dem Geldschrank. Die Diebstahl wurden und eigneten sich den Inhalt an, nahmen aber vermutlich aus Geheißlichkeit über die geringe Ausbeute die Schlüssel mit. Der Geldschrank mußte daher unter Anwendung von Gewalt geöffnet werden. Die Täter sind ermittelt. Sie gehören einer Gesellschaft an, die in letzter Zeit planmäßig in Lübeck und Umgegend Fahrräder hahl und verschiedene Diebstähle ausführte.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen. Am Mittwoch, den 23. Juli Ausflug mit den Kindern nach Dubertus. Treffpunkt 1 Uhr an der Normaluhr Mühlenortbrücke.

Sozialdemokratische Frauen Markt. Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr in der Schule, Reichstraße, Vortrag des Genossen Dr. Reuter über „Friede über Deutschland“. Einheimen Der Vorstand.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 21. Juli.

Der Wortführer verliest eine Eingabe von 94 Anwohnern des Kleinradweges über Pflasterungsarbeiten und ein Schriftstück des Bürgerchaftsmitgliedes Bedezari, die Aufhebung der Wohnsteuer betr. Auf Antrag Haut (Soz.) wird die Angelegenheit dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Der Senat gibt bekannt, daß das Flenderwerft trotz Bewilligung von Zuschußzuschüssen durch die Bürgerschaft in diesem Jahre von der Herstellung von Arbeiterwohnhäusern absieht. Wirtschaftliche Gründe werden vorgeführt.

Juristen und Laien.

1. Antrag: Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. (2. Lesung.) — Der Senat gibt bekannt, daß er dem Antrage Bruns (Soz.) betr. Zusammenlegung des Verwaltungsgerichts nicht beitreten könne. Das juristische Element müsse überwiegen, da das Verwaltungsgericht die höchste Instanz sei, in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten zu entscheiden. Das Verwaltungsgericht habe bisher zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet. — Ewers (Wirtsch.) beantragt Wiederherstellung der ursprünglichen Senatsvorlage, um den gesunden Menschenverstand zur Geltung zu bringen. Wenn das Gericht mit seinen Entscheidungen auch außerhalb Lübeds Geltung haben soll, müsse das juristische Element entscheiden. Einer der Beisitzer müsse höherer Verwaltungsbeamter sein.

Brehmer (Soz.) betont, seine Fraktion habe nichts dagegen einzuwenden, wenn das juristische Element stark vertreten sei. Ob der Senat darin vertreten sei, darüber könne man sich ja unterhalten. Es sei absolut kein Grund zur Annahme vorhanden, daß die Laien die Entscheidung ungünstig beeinflussten. Die Erfahrungen bei Schöffens-, Kaufmanns- und Gewerbegerichten lehren das Gegenteil. Durch den Antrag Bruns werde dem Geist der Verfassung mehr Rechnung getragen, was bei der Senatsforderung nicht der Fall sei, da der Senat 4 Mitglieder ernenne, während die Bürgerschaft nur ein Mitglied zu wählen habe.

Ewers (Wirtsch.) glaubt, daß man Straigerichte und Verwaltungsgerichte nicht im Vergleich stellen könne. Laien seien nicht imstande, Entscheidungen zu fällen, die gebildete Kraft hätten. Mit der Verfassung habe diese Sache gar nichts zu tun. — Brehmer (Soz.) unterstreicht das bereits Gesagte. Man müsse auch in diesem Falle dem Geiste der Verfassung einigermaßen entsprechen. — Senator Dr. Berner verpflichtet den Ausführungen Ewers bei. Das Verwaltungsgericht habe zu entscheiden über die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsaufgaben. Da müsse der Jurist überwiegen. — Die Senatsvorlage wird mit dem Antrag Bruns mit 27 gegen 23 Stimmen angenommen.

2. Antrag: Ankauf eines Grundstückes für die Lübeckische Gelehrtschaft in Berlin. — Wird in 2. Lesung mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen.

3. Antrag: Bauische Veränderungen und Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Schulhaus Schwarzkauer Allee 44/44a. — Wird angenommen.

Erwerbslosenfrage.

4. Antrag: Erwerbslosenfürsorge. Der Antrag fordert 25 000 Mk. für Erwerbslose in besonders dürftiger Lage, die nach der Reichsverordnung keine Unterstützung erhalten können, da sie in den letzten 12 Monaten vor Eintritt ihrer Unterstützungsbe-

dürftigkeit weniger als 3 Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit nichtüberwunden waren.

Grabner (Wirtsch.) beantragt Erhöhung der Sätze. — Hartz (Soz.) fordert im Hinblick auf den Winter, daß für die Erwerbslosen schon heute mehr getan wird. Man dürfe in dieser Frage nicht so weiterwuteln wie bisher. Das Bauwerk liege brach, über 150 Mauer- und Zimmergebelen seien heute schon arbeitslos. Die Leute, die zu Notstandsarbeiten verurteilt seien, müssen mehr Lohn erhalten. Die Vorlage bereine den Kassengehalt der Arbeitsbehörde. Man brauche nicht besonders Bedürftige herauszufinden, bedürftig seien sie alle. Das Geld könne aufgebracht werden, das ergebe sich aus den Anträgen für das Gemeindebauwerk und die Rederei. — Schmidt (Komm.) betont, die Partei des Redners habe im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz gestimmt und sei schuld, daß die Vorlage der Erwerbslosen so ausgenutzt worden sei. Wenn sich das Sachverständigenrat auswirke, würde die Erwerbslosenzahl noch größer. Der Redner beantragt, die Summe von 25 000 auf 200 000 Mark zu erhöhen und daß für Notstandsarbeiten Tariflöhne bezahlt werden. — Die Stellung der Partei ist besonders bedauerlicher Lage“ wird einstimmig angenommen. Der Antrag auf Erhöhung der Summe auf 250 000 Mk. abgelehnt. Der Antrag auf Bezahlung der Notstandsarbeiten nach Tariflohn wird angenommen. Die Senatsvorlage wird hierauf mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

5. Antrag: Schaffung von geeigneten Räumen für die Lübeckische Kreditanstalt usw. im Kaufleutende. — Wird auf Antrag Haut (Soz.) dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Wohnungsbau und Kleingartenpächter.

6. Antrag: Austausch von Handflächen an der Strohhafen- und an der verlängerten Hoflandstraße und Verändern von Baustoffen. — Wandtke (Dem.) fordert in diesem Falle eine Ausnahme von den gesetzlichen Bestimmungen (die Plätze sind bereits verkauft), damit die Käufer der Bauplätze ausführen können. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. — Riel (Komm.) wundert sich, daß man Bauteile ohne Baurelaubnis ausführen konnte und ohne daß von den 700 Schutzleuten etwas bemerkt worden sei. Ferner kritisiert der Redner, daß den Garteninhabern an der Hansastraße jetzt auf einmal die Gärten genommen werden sollen. Man sollte ihnen diese wenigstens bis zum Herbst lassen. — Dr. Fint (Wirtsch.) unterstützt den Antrag Wandtke. Die Baurelaubnis sollte im Interesse der Bau-tätigkeit erteilt werden. — Dietrich (Hansdel.) fragt den Senat, ob es wahr sei, daß von den Aufwertungsgeldern der Grund- und Gebäudesteuer 100 000 Mk. zu dem Neubau am Bahnhof hergegeben werden seien. Ferner habe man einen Witzkeller 12 000 Mark Kredit abgeschlagen, obwohl dadurch 3 Wohnungen geschaffen worden wären. — Hartz (Wirtsch.) fordert ebenfalls, daß den Gartenbesitzern das Land bis zur Ernte gelassen werde. Ferner bemängelt der Redner, daß durch die unterlassenen Bauteile durch das Flenderwerft ein großes Stück gedüngtes Land unbenutzt liegen geblieben ist.

Haut (Soz.) bedauert, daß sowohl bei der vorigen wie bei dieser Vorlage kein Senatskommissar das Wort zur Klärung genommen habe. Vom Standpunkt des Landwirtes und des Kleingartenpächters sei es zu verstehen, wenn man über die Wegnahme von Land ungehalten sei. Man müsse aber die große Wohnungsnot und die geringe Anzahl von Plätzen sowohl wie die Finanzlage des Staates in Berücksichtigung ziehen. Die Plätze seien nur verpachtet worden, weil darum gebeten worden sei. Die geübtere Bauweise gelte mit Rücksicht auf die wenigen noch zur Verfü-

gung stehenden Plätze und auf die Finanzen. Daß man hier ohne Genehmigung darauflosbaue, sei gang und gäbe. Wollte man im nächsten Jahre das gleiche Bauprogramm durchführen, dann würden 150 Wohnplätze belegt. Das sei äußerst bescheiden und nicht dazu angetan, der Wohnungsnot Abbruch zu tun. Den Kleingartenbesitzern wurde mitgeteilt, daß das Gelände gebraucht wird, wir müssen ihnen wehtun, um den anderen zu helfen. Und da ist doch nicht zweifelhaft, wo der Schwerpunkt liegt: bei den Gartenpächtern oder den Wohnungslosen. Das letztere ist schließlich und da muß man sich eben ins Unvermeidliche fügen.

Senator Straß unterteilt das von dem Vorredner Gesagte. Die Gründe seien durchaus stichhaltig. Die Durchführung der offenen Bauweise koste dem Staate viel Geld. Man werde um die geschlossene Bauweise nicht herumkommen. Auf die Anfrage des Herrn Dietrich könne er im Augenblick keine befriedigende Auskunft geben. Die Kleingartenbesitzer, die ihre Land aufgeben müssen, würden natürlich entschädigt. Die Baununterstützungsgelder könnten erst gegeben werden, wenn das Geld vorhanden sei. Die Vorlage sei für einen Monat von der Bürgerschaft hinausgeschoben worden. (Zuruf Haut: Das haben ja die Hausbesitzer selbst verschuldet.) — Wandke (Dem.) hat nichts gegen die geschlossene Bauweise, fordert aber beschleunigte Beratung seines Antrages. Der von Nidel beanstandete ohne Erlaubnis ausgeführte Bau resultiere aus der damaligen wilden Zeit. — Nidel (Komm.) fordert, daß dieser Bauherr die durch die Veränderung des Bebauungsplanes entstandenen Kosten bezahle. Gegen die Kommunisten sei die Polizei nicht so nachsichtig. — Senator Dr. Wermehren erklärt, ein Nachteil sei für die Öffentlichkeit durch die Art der beanstandeten Bauausführungen nicht entstanden. Es sei gerechtfertigt, daß man sich mit dem Mann verständige. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Straßenbauten. Anlagen der Hausbesitzer.

7. Antrag: Klempflasterung der Mollkestraße. — Herr (Wirtsch.) kritisiert die Zustände in der Straßendorfer Chaussee, hervorgerufen durch die übermäßige große Anzahl von Motorrädern und Autos. Durch das wahllosige Fahren würden die Steine herausgerissen und eine Staubplage geschaffen. Das Brüllengelächel der Herrenbrüder für die fremden Autos müsse erhöht werden. 50 Pfg. sei kein Geld. Selbst ein Fuhrwerk müsse 30 Pfennig bezahlen. Das sei kein Verhältnis. Der Redner fordert Klempflasterung für Straßen, die doch ausgebessert werden müssen. Heute könne infolge des Straßenschauspiel mehr nach Trauermünde laufen. Der Redner stellt einen Antrag, Ausbesserungsbedürftige Straßen mit Klempflaster zu besetzen. — Senator Straß: Eine derartige Vorlage, die dem Wunsch des Herrn Herr entspricht, ist bereits fertiggestellt. — Dietrich (Hausbes.) protestiert dagegen, daß man Kopfsteine von den Straßen nimmt, die die Anlieger mitbehalten haben. Das ließen sie sich nicht mehr gefallen. Im September Weg habe man ebenfalls die Kopfsteinpflasterung aufheben wollen. Nach einem energischen Protest habe man das Vorhaben eingestrichelt. Durch derartige Maßnahmen schädige man die Anwohner; die Wohnungen würden entwertet. Im übrigen würden sehr viele Autofahrer gar kein Brüllengelächel bezahlen, sondern so über die Herrenbrüder laufen. Der Redner kritisiert ferner die hohen Abgaben bei baulichen Veränderungen und stellt ein Eruchen, die Begrenzung von Kopfsteinen in denjenigen Straßen, wo die Anlieger zu den Kosten beigetragen haben, sofort einzustellen. — Senator Straß erklärt, die Hausbesitzer verlangten vom Staat eine Vergütung in der Höhe von 100 Mitteln, die er nicht habe. Früher sei man freigebiger in den Straßenanlagen gewesen. Gutes Pflaster sei infolge Einfuhrverbotes gar nicht zu erhalten. Die Forderung des Herrn Dietrich lasse das Interesse für die Allgemeinheit vollständig vermissen. Durch die jetzige Veränderung erpare der Staat dreieriertel der Kosten. Die Eingabe über die Rechtsfrage in diesen Fällen sei der Justizkommission überwiesen worden. — Klann (Komm.) erklärt, die Verbilligung der Straßenbauten resultiere daraus, daß Gewerbesteuer mit farger Unterstützung zu den Straßenbauarbeiten herangezogen würden. Die Arbeiten müßten zu Tariflöhnen hergestellt werden, so spare man am vertriehenen Geld. Für das Geld, das man für andere Sachen ausgeben könne, könne man alle Straßen herrichten. — Senator Straß erklärt, in der Vorlage, die hier vorliegt, seien Tariflöhne vorgezogen. — Ros (Komm.) gibt das letztere zu, aber beim Aussehen der anderen Straßen würden keine Tariflöhne bezahlt. Im übrigen sei die jetzige Art der Straßenausbesserung ganz verfehlt. Die Erzeugnisse der Technik seien nur für die Schmarotzer und Schlemmer da, die Arbeiter aber könnten nicht einmal die Straßenbahn bezahlen. Der Straßenaufbau sei viel zu teuer. Herr Herr brauche sich über die Autofahrer nicht zu beschweren, da dessen Klasse die Schönheiten Trauermündes für die Drohnen geschaffen habe. — Dietrich (Hausbes.) polemisiert gegen die Senatsausführungen; auch die Hausbesitzer müßten ihren Pfennig umkehren. Die Vorlage sei nichts anderes als ein Betrug an den Grundbesitzern und ein Vergehen an der Gesundheit der Kinder. Der Redner beantragt Ausbesserung. — Senator Dr. Wermehren protestiert gegen

den Betrug, die Vorlage enthalte einen Betrug gegen die Hausbesitzer. — Esholdt (Dem.) glaubt nicht, daß genügend Sparmaß getroffen sei. Notwendig sei die Belegung der Straßendorfer Mollke mit Kopfsteinpflaster, da sie noch gut erhalten sei. Die Art, wie das Bauamt arbeite, könne man nur mit dem Ausdruck Torheit bezeichnen. Der Tariflohn müsse auch bei anderen Straßen beachtet werden. — Senator Straß beantwortet, daß die Neulegung der Chaussee nach Straßendorfer unbedingt notwendig sei. Das gleiche sei bei anderen Chausseen der Fall. — Klann (Komm.) ist ebenfalls der Ansicht, daß die Baubehörde mild darsauflosbaue. — Dietrich (Hausbes.) ändert seinen Ausdruck Betrug in „Unbilligkeit“ ab. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

8. Antrag: Bau einer Viehflamerampe. — Rosenquitt (Wirtsch.) will, falls die Erwerbslosen in Zukunft Tariflohn erhalten, daß alle Arbeiten an Unternehmern vergeben werden. — Klann (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Der Pächter solle die Reparaturen selbst bezahlen. — Senator Straß: Es handelt sich um eine Neuanlage, die von der Veterinärpolizei gefordert werde. Die sonstigen Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten bezahle der Pächter. — Klann (Komm.): Der Pächter hat durch die Anlage den Nutzen und muß die Kosten deshalb auch tragen. Diese Forderung stellen wir bei allen Verpachtungen durch den Staat. — Haut (Soz.) weist darauf hin, daß der Pächter der Quarantäne jährlich 2800 Mk. als Amortisation für die Rampe bezahle. Mit etwas Berechnung könne doch auch ein Kommunist klug werden, daß ihn nichts gelohnt werde. — Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag Dr. Wittarn: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, dahin zu wirken, daß die Länder größere Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Steuererhebung erhalten, daß sie insbesondere ermächtigt werden, Zuschläge zu Reichsteuern, insbesondere der Einkommensteuer zu erheben. — Wird angenommen.

Antrag Grahnert: Der Haushaltsausschuß möge prüfen, ob die Staatliche Beschaffungstelle nicht baldmöglichst abgebaut werden kann. — Wird abgelehnt.

§ 218. — Wöchnerinnenchutz.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege über die ihm zur Prüfung überreichten Anträge von Frau Grewe, betreffend Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches und Entwurf eines Gesetzes über Schwangere, Wöchnerinnen, Säuglinge und Kinderfürsorge.

Passage (Soz.): Der Antrag stammt noch aus der alten Bürgerschaft. Nach eingehender Prüfung empfiehlt der Ausschuss, den Antrag dem Senat zu übergeben. Es war nicht möglich, alle Parteien für den Antrag zu gewinnen. Die Antragsteller sind aber von der Überzeugung ausgegangen, daß das Gesetz nur auf dem Papier steht. Es wird hauptsächlich gebrochen von jener Schicht, die die Mittel dazu haben, die Frauen aus dem Volke aber schleppt man vors Gericht. Das Gesetz ist ein Erfolgloser Antrags, die die sozialdemokratische Partei im Reichstage und in den Einzelstaaten schon vor Jahren eingebracht haben. Der Paragraph besteht heute nicht mehr zu Recht. Die gegenteilige Meinung steht in der Aufhebung eine sittliche Gefahr für die Bevölkerung, ist aber überzeugt von der Notwendigkeit eines ausreichender Mutter- und Kinderschutz.

Dr. Siering (Wirtsch.) betont, der Antrag der Frau Grewe stelle nichts Neues dar. Er sei in Rußland seit 6 Jahren nennentlich. Dem 2. Teil gebe er seine Zustimmung, dem 1. Teil nicht. Der Antrag enthalte einen Widerspruch an sich. Im 2. wolle man schätzen, was man im ersten unterdrücken wolle. Gewiß sei die Not größer denn je, aber mit der Ermordung des ungeborenen Lebens dürfe man sie nicht bekämpfen. Schuld an dem Elend trugen die zermorbenen Familienverhältnisse. In der plötzlichen Zeit hätten die Jugendlichen viel Geld verdient, aber alles für sich durchgebracht. Die zunehmende Erwerbslosigkeit der Frauen entfremde sie der Kindererziehung. Die Mädchen selbst wollten sich nicht mit großem Hausfuß abgeben. Man strebe nur nach Genusslicht (Zuruf links: Trauermünde!) statt sich der Familie zu widmen. Solange man ungezählte Millionen für Schnaps ausgeben könne, könne man nicht von Noz reden. An Stelle der geistigen Individualität müsse wieder die Religion mit ihren Hemmungen treten. Diese verbiete den Mord am feindlichen Leben. Welches vorbeugendes Mittel sei die Enthaltensamkeit, die niemals gesundheitschädlich sei. Wohl sei die Abtreibung so alt wie die Geschichte und bei alten Völkern vorgekommen, die Forderung auf medizinische Indikation der Abtreibung aber der Nozzeit vorbehalten. Die Gefahren für die Frau sollte man auch bei ärztlichem Eingriff nicht unterschätzen. Sie seien weit größer als bei komplizierten Geburten. Schwere Blutungen, Infektionen und Veränderungen der mütterlichen Organe zum dauernden

Schaden seien nicht selten. Während das Beste der familiäre Zusammenhalt sei, wolle man jetzt die Ehe lockern, sie nur zu einem Institut der Lust mit nachfolgendem Kindermord machen. Auch die Juden hätten durch die Neuerung an Kraft und Energie eingebüßt. Er wolle nicht untersuchen, ob der Vorwurf der Ehedolchung der Front zu Recht oder Unrecht bestche, aber die Aufhebung dieses Paragraphen bedeute den Dolchstoß in das Herz des Volkes, der nie wieder gutzumachen sei. Die Nachkommen würden den Fluch gegen uns werfen, wenn wir mit dem Mordschlag gegen das eigene Volk wüßten. — Frau Grewe (Rom.) schließt der Sozialdemokratie den Vorwurf zu, daß die Forderung noch nicht Geseh geworden sei. In Lübeck seien genug Verze vorhanden, die gegen die Verze Eingriffe vornehmen. Der Vorredner habe selbst zugegeben, daß diese Eingriffe vorlämen. Hier in Lübeck seien viele Frauen, die mehrfach Eingriffe vornehmen ließen, ohne daß sie gesundheitliche Schädigungen erlitten. Herr Dr. Siering lasse sich nicht von sozialen, sondern von religiösen Gründen leiten. Ferner kritisiert die Rednerin, daß der Senat eine Frau in schwangerem Zustande 6 Monate ins Gefängnis geschickt habe, die wegen Vergehens gegen § 218 verurteilt worden sei. Die reichen Leute hätten natürlich andere Mittel, um der Strafe zu entgehen.

Haut (Soz.) bedauert, daß Herr Dr. Siering nicht das feine Gefühl für den Antrag eingebracht, sondern ihn in unreflexionierter Weise behandelt habe. Demgemäß müsse auch die Antwort ausfallen. Gewiß gebe es auch verführte Mädchen in Arbeiterkreisen, die vor derartigen Dingen nicht zurückschrecken, aber man brauche nur die Chronik standaleuse durchzublätern, dann gewinne man das rechte Bild. Die Herrenhöhnchen und auch solche von Handwerksmeistern sind es, die den Dienstmädchen nachstellen und sie mißbrauchen. Heute muß Frau wie Mann in Arbeiterkreisen und aus dem Mittelstand dem Erwerb nachgehen, da können sie den Kindern nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen. Die Niedrigkeit der Löhne und Gehälter bedingen die Schäden. Dabei ist es merkwürdig, daß in den Kreisen der Kinderbemittelten die Kinderzahl weit größer ist als bei den Besizenden. Die heutigen Zustände sind eine Folge des moralischen Systems, das uns ein solches Stahlbad verschafft hat. Erscheinungen, wie sie in den beanstandeten Vergnügungen anzutreffen sind, hat die Welt immer noch großen Katastrophen erlebt. Man sollte doch nicht davon sprechen, daß die Religion derartige Eingriffe als Mord brandmarkt. Unter religiöser Flagge wurden die größten Morde vollbracht. Man darf nur an die Inquisition erinnern, die in der unheimlichsten Weise mordete. In den Hegenprozessen war niemand anders schuld als die religiösen Gesellschaften. Der Standpunkt Dr. Sierings über die sexuelle Enthaltensamkeit wird von anderen Medizinerinnen bestritten. Wie die Enthaltensamkeit in Frauen- und Männerkreisen geübt wurde, darüber besteht wohl kein Streit. Der Redner erinnert ferner an den großen Abtreibungsprozess in Berlin, wo von 10 000 Schuldigen nur 400 angeklagt waren. Da die geheime Abtreibung unendlich viel Schaden zeitigt, ist es schon besser, wenn der Strafparagraph fällt und der approbierte Arzt das Recht des Eingriffs erhält. Aber heute zitiert man nur die Arbeiterfrauen vor das Schwurgericht. Die Zahl der Frauenkrankheiten, die durch ärztlichen Eingriff verschuldet werden, wird vornehmlich gegenüber derjenigen durch weise Frauen hervorgerufen. Das möge sich Herr Dr. Siering merken, daß in Arbeiterkreisen die Ehen keine Lustinstitute mit nachfolgendem Kindermord sind. Diese Institute sind ganz wo anders zu suchen. Dr. Siering sprach eben für Noz, das Soldaten braucht. Die Ehedolchung des Volkes, von der Herr Dr. Siering sprach, geschieht nicht durch die Aufhebung des Paragraphen. Schaffen Sie Ehedolchungsbedingungen, damit die täglichen Sorgen verschwinden. In Deutschland verhungerten Tausende von Kindern, weil die Eltern sie nicht mehr ernähren konnten. Die ganze Erziehung der Jugend hat keinen Zweck, wenn sie hungern muß. Stark wird die Nachkommenschaft nur, wenn sie zu essen und zu trinken hat, alles andere nützt sonst nichts. Sie kämpfen gegen den Antrag, weil sie glauben, kapitalistische Ausbeutungsobjekte zu verlieren. Das ist Ihr wahrer Grund. (Beifall bei den Soz.)

Ros (Komm.) erklärt, daß die Arbeiter gesunde Kinder brauchen, um die proletarischen Ideen fortzupflanzen. Der Mord am feindlichen Leben soll nicht sanktioniert werden, dem arbeitenden kapitalistische Kräfte vor. Die Religion verbiete zwar den Mord, und doch hätten die Pfaffen dafür gebetet, daß recht viele um des eigenen Sieges willen hingemordet würden. Die Forderung um Aufhebung des § 218 gelte nur aus Gründen zwingender Notwendigkeit. — Dr. Fink (Woll.) nimmt Dr. Siering gegen die Angriffe in Schutz und polemisiert gegen Hauts Neuerungen über die Abtreibung. Eine Abschaffung des Gesetzes werde der Abtreibung Tür und Tor öffnen. Die Mehrzahl der Ärzte sei für Eingriffe nicht zu haben. — 10 Uhr.

Ricarda Buch.

„Was für ein Mensch! Was für ein Mensch!“ Dieses Zitat, mit dem Ricarda Buch, die kürzlich ihre 60. Geburtstag feierte, ihre Charakteristik des italienischen Kritikers Consonanti eröffnet, ist auch gegenüber der Verfasserin selbst am Platze. Ueberblickt man das bisher vorliegende Gesamtwerk von Ricarda Buch, so muß man immer wieder fraunen über ihre Vielseitigkeit und ihren schöpferischen Reichtum, und es erhebt sich besonders bewundernswert, daß es eine Frau ist, die einen so hohen Rang im deutschen Geistesleben einnimmt. Es will uns nicht leicht einleuchten, daß auch diese Frau nunmehr bereits die Schwelle des Greisenalters betritt. Gewiß läßt sich aus ihrem Werke nirgends eine bestimmte Altersstufe erkennen, und es fehlt ihr ein eigentlich jugendlicher Hochmut. Aber überall offenbart sich eine drängende, überquellende Kraft der Empfindung und Gestaltung, die die Verfasserin auf der Höhe des Lebens steht. Serti Amette von Drohe-Hülshoff hat das deutsche Schrifttum keine Frau mehr von größerem geistigen Ausmaß und glühender Ausdrucksstärke gesehen. In erster Linie ist diese Frau Dichterin, und in der Dichtung beruht im wesentlichen ihre bleibende Bedeutung. Freilich ist der Weg zu ihrer Kunst nicht gerade bequem, und ihn zu gehen, erfordert ein hohes Maß von Kultur. In den Romanen, die vor allem ihren Ruhm begründet haben, besonders in dem am weitesten verbreiteten „Michael Unger“, der ursprünglich den schönen, musikalischen, viel bescheideneren Titel „Rita Iommata drege“ (Das Leben ein kurzer Traum) führte, herrscht ein reiner Subjektivismus und eine harte Eigenwilligkeit. Verschlungenen Seelenphänomene, weit abseits von Alltags, führt uns die Dichterin. Ein harter ethischer Grundzug, aus optimistischem Glauben an das Gute in Welt und Menschheit, religiöser Innerlichkeit und festem Lebenswillen entspringen, tut sich kund, aber die Einsicht in die Enge und Beschränktheit alles irdischen Daseins wirkt zugleich eine herbe Schwermut und Resignation. Dabei ist die Schilderung von herausragender Bildkraft, die nur leider hin und wieder durch befremdlich papierne Redewendungen getrübt wird. Es ist eine Romanart, die in den Romanen von Ricarda Buch lebt. Und überlappend zeigt sich hier erneut die Wahrheit von Goethes Wort „Jede Form, auch die geistigste, hat etwas Gedehliches“, denn ihren ersten Romanen läßt die Dichterin ihr verständnisreiches, literaturgeschichtliches Werk über die Romantik folgen. (Die Bücher über die Romantik, die Gedichte und die Novellen sind bei H. Haasfel in Leipzig, alle übrigen Werke von Ricarda Buch in einer Ausstattung von musterhafter Gebiegenheit und Bornehmtheit im Insel-Verlag in Leipzig erschienen.)

Die ganze Unvoerbaltlichkeit der Dichterin spiegelt sich in ihren Gedichten. Da finden wir Liebesgedichte von frauenhafter Armut und Hingebungslosigkeit und von lieblicher Schelmerei. Lieber von balladestem Schwunge und Bekanntheit von männlicher Kühnheit, eingehüllt in eine langsamwellende Versmusik. Das ist alles elementar entstehend und von köhmerer Reife.

Auch mit Weltanschauungsfragen hat diese Frau geangene, und man kann ihr nicht bei allen Gedankengängen folgen. Ihre Hochachtung der Autorität der Bibel und des Christentums, wie sie sich in dem Buche „Entpersönlichung“ ausdrückt, und ihre arge Verformung der menschheitsbestreitenden Kraft des Pazifismus und des Völkereidens werden manchem Widerspruch begegnen. Wo sie hingegen die Menschen zur Pflege der Gemeinshaft anspornt, berührt sie sich mit der Ideenwelt des Sozialismus.

Ungleich fesselnder sind ihre historischen Charakterstudien. Ihre besondere Anteilnahme gilt einigen führenden Persönlichkeiten aus der Frühzeit der italienischen Unabhängigkeitsbewegung, die sie in ihrem Buche „Menschen und Schicksale aus dem Risorgimento“ mit einem so tiefen geschichtlichen Wirklichkeitsinn, einem so treffenden Erfassen des italienischen Naturells und einem bei aller kritischen Einstellung so warmen Mitleben nachgezeichnet, daß man fast versucht ist, den fähigen Wunsch zu machen, diese Frau möge einmal in einer ähnlichen Darstellung die Gestalt unseres ermordeten Genossen Matteotti festhalten. Wie Schiller von seiner „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ zu seinem „Wallenstein“ gekommen ist, so erwächst Ricarda Buch aus ihren historischen Charakterstudien ihr Roman „Das Leben des Grafen Federico Consonanti“. Von hier geht eine Linie zu ihrem größten Werte, dem Roman „Der große Krieg in Deutschland“, der den Ursprung und Verlauf des dreißigjährigen Krieges schildert. Wie hier eine Kulturzeitwende, ein ganzes Volk in seinen mannigfachen Vertretern durchleuchtet und in ihrem entwickelten Handlung geistig anschaulich gemacht wird, wie beispielweise hervorragende Persönlichkeiten, wie Gustav Adolf oder Wallenstein in ihrer geschichtlichen und menschlichen Eigenart neues Leben gewinnen, das stellt dies erste Riesengericht weit über alle Geschichtsromane, die uns in der letzten Jahrzehnten von Römern besetzt worden sind. Als Frucht des Quellenstudiums und als Respektstudie über das Gelingen der Ausbeutung geschichtlicher Wahrheit ergibt sich dann nach dem Roman das historische Charakterbild „Wallenstein“.

Für uns Sozialisten von besonderem Interesse ist endlich das jüngste Werk von Ricarda Buch, das Buch „Michael Barmann und die Anarchie“. Freilich wird hier die geistige und sozialgeschichtliche Träne durch den starken Subjektivismus der Darstellung herabgemindert. Das ist vornehmlich ein Roman

berühmte künstlerische Temperament neigt nun einmal — man muß sagen: glücklicherweise — zu einer gewissen Einseitigkeit, und dies Bewußtsein lebt auch in dieser Frau selbst, wie sie an anderer Stelle mehrfach ausdrückt. So erscheint beispielsweise ihre Charakterisierung von Marx und der neubourgeois Arbeiterbewegung, deren revolutionären Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unserer Zeit sie nicht erkennt, objektiv nicht haltbar. Als lebensvolle Schilderung von Barmanns tragischer Arbeitererlebenszeit und als anregende Auseinandersetzung mit dem Problem der Anarchie bleibt uns jedoch auch dies Buch wertvoll, und wir werden uns durch kritische Bedenken, zu denen jede starke Persönlichkeit gelegentlich Anlaß gibt, unser Gesamturteil über die hohe Kulturbedeutung dieser außergewöhnlichen Frau und unsere Hoffnungen auf ihr weiteres Schaffen nicht trüben lassen. Dr. Wilhelm Bolze.

Liebesnacht.

Von Detlev v. Liliencron.
(Gestorben am 22. Juli 1909.)

Nun laß ich sanft die lieben Hände,
Die du mit um den Hals gelegt,
Daß ich in deinen Augen finde,
Was dir das kleine Herz bewegt.

O dich die Nacht, die wunderwolle;
In ferne Länder zog der Tag.
Der Birke Föhelland verströmte,
Sie horcht dem Nachtigallensang.

Der weiße Schlehborn uns zu Häupten,
Es ist die liebste Blüte mir;
Trenn' ab ein Zweiglein, eh' wir scheiden,
Zu dein' und meines Hutes Zier!

Och, Mädchen, uns die Nacht geniehen!
Allein gehört sie mir und dir.
Die Blüte will ich aufbewahren
In diese Frühlingstage hier.

Aus der Sammlung „Liebeslieder“.
(Deutsche Verlagsanstalt.)

Gemeinden und Messetwesen.

Zur Förderung von Produktion und Handel.

Die offizielle Doktrin der bürgerlichen Parteien geht in der Kommunalpolitik gegen alle kommunal-sozialistischen Bestrebungen. Das Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses hat die Rückschrittseignungen bei allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme sehr gestärkt. Es vergeht kein Parteitag einer bürgerlichen Partei, ohne daß nicht die sehr rührigen Mittelkändler ein bewegliches Klagespiel über die sozialistischen Tendenzen der Gemeindeverwaltungen anstimmen. In der Inflationszeit haben die Angriffe gegen Gemeindebetriebe (wir erinnern nur an den famosen Brief des Volksparteilers Ewers an die Betriebsbehörde vor der Bürgerstimmwahl) stellenweise so starken Erfolg gehabt, daß der Gemeindevorstand an Wirtschaftsunternehmungen selbst in großen Städten durch diese politischen Intrigen ernstlich gefährdet wurde. Inzwischen geht aber die Entwicklung einen ganz anderen Weg. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Gemeindeverwaltungen das natürliche Bestreben haben, sich auch wirtschaftlich zu erweitern, dadurch ihren Einfluß zu vermehren, ihre wirtschaftliche Position zu stärken und auf das Wirtschaftsleben selber befruchtend zu wirken. Der aufmerksamste Beobachter des Gemeindelebens kann z. B. in der letzten Zeit feststellen, daß gemeindliche Gesellschaften und Unternehmungen überall aus der Erde schießen. Es gibt z. B. kaum noch eine deutsche Großstadt, die sich nicht für das Flugwesen interessiert und die Anlage eines gemeindlichen Flughafens entweder aus eigener Kraft oder in gemeinschaftlichem Betriebe in die Hand genommen hat. Die Entwicklung städtischer Hafenanlagen und Hafengesellschaften — in Lübeck die in Aussicht genommene Unterstützung der Reederei — wird überall mit Energie gefördert.

Besonders beachtenswert ist die starke Beteiligung, die deutsche Großstädte neuerdings an der Entwicklung des Messewesens nehmen. Nicht nur Leipzig hat sich veranlaßt gesehen, einer Messegesellschaft den Bau eines großen unterirdischen Messe-Ausstellungsgebäudes zu übertragen, um dadurch seine eigene Bedeutung als Messestadt zu fördern. Auch andere Städte beginnen sich in gleicher Weise zu betätigen. Die Vorarbeiten privater Kreise zur Gründung einer ständigen Ausstellungshalle sind in Lübeck längst im Gange. Und der Staat wird nicht umhin können, auch hier finanziell einzugreifen. Besonders bekannt geworden sind die starken Bemühungen, die Köln getroffen hat, um durch den Ausbau gemeindlicher Messeeinrichtungen die Bedeutung Kölns als wirtschaftlicher Mittelpunkt des Rheinlandes, als Handelsempor und Umschlagsort zu fördern. Auch Berlin bemüht sich jetzt mit allen Kräften in dieser Richtung. Eine vor längerer Zeit gegründete städtische Messegesellschaft erbaut in der Nähe der bekannten Grunewald-Automobil-Rennbahn Anlagen und Messe-Ausstellungsräume. Weiter steht die Stadt in ausgedehnten Unterhandlungen über den Ankauf eines im Innern der Stadt gelegenen, für Messeszwecke besonders geeigneten repräsentativen Gebäudes. Dieses Messegebäude wird voraussichtlich auch mit einer von der Stadt einzurichtenden Zentrale für Fremdenverkehr und für Verkaufserwerb verbunden werden.

Gewiß spielt bei all diesen Bemühungen der Gemeinden im starken Maße die alte Tradition einer gegenseitigen Konkurrenz der Großstädte untereinander mit. Es kann aber nicht verkannt werden, daß darüber hinaus diese starke aktive Anteilnahme der

Gemeinden an der Entwicklung des Wirtschaftslebens eine erfreuliche Tendenz ist, die an sich von jedem Sozialisten begrüßt und unterstützt werden kann. In der Verflechtung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit mit wirtschaftlichen Interessen können wir immerhin einen, wenn auch bescheidenen Schritt in der Richtung sehen, daß die Öffentlichkeit und öffentlich-rechtlichen Körperschaften an der Entwicklung unserer Wirtschaft direkt und indirekt beteiligt werden. Zweifellos werden solche Unternehmungen der Städte auch der Hebung unserer Gesamtproduktion, der Steigerung des Absatzmarktes und der notwendigen Reklame für Industrie und Handel dienen. Soweit durch diese Veranstaltungen die Beziehungen zum Ausland gefördert werden können, sind sie zugleich wichtige Hilfsmittel zur Steigerung des Industrieexportes und dienen indirekt zugleich der Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der betreffenden Gemeinden und Städte.

Der Vorteil für Industrie und Handel wird sich aber nur dann in erwünschtem Maße einstellen, wenn Industrie und Kaufmannschaft sich gleichfalls auf diesem Gebiet aktiv zeigen, die Vorgänge an konkurrierenden Orten genau verfolgen und die Nutzenwendung daraus ziehen. Das scheint in Lübeck nicht immer der Fall gewesen zu sein. Sonst hätte der Hafen- und Schiffsahrtsbetrieb keinen solch katastrophalen Niederschlag erlitten. Wir werden hierauf noch näher zurückkommen.

Eine Ingenieurakademie in Lübeck?

Wie verlautet, beabsichtigen die Studierenden der Wismarer Ingenieurakademie Wismar zu verlassen und anderwärts ein Unterkommen zu suchen. Der Grund soll in mangelhaftem Entgegenkommen der Wismarer Stadtbehörden zu suchen sein. Man hatte erst Schwerin ausersuchen, doch soll man von diesem Plane abgekommen sein und sich nach Lübeck gewandt haben. Neben den Wismarer Studierenden sollen sich auch diejenigen von Friedberg für eine Verlegung nach Lübeck ausgesprochen haben, so daß etwa 1000 Studierende in Betracht kommen. In Lübeck sollen bereits mit maßgebenden Instanzen Verhandlungen gepflogen sein und Senat und Bürgerschaft sollen sich in aller nächster Zeit mit dieser Frage beschäftigen. Die Studierenden verlangen vorderhand nur die Berücksichtigung eines Schulgebäudes, die Lehrkräfte würden durch das Sächsischesoldat. Ob sich die für Lübeck zweifellos wichtige Einrichtung so ohne weiteres realisieren läßt, entzieht sich unserer Kenntnis.

Arbeiterport und SPD.

Der Zeitungsdiener des deutschen Arbeiterportales schreibt: Es muß einmal darauf hingewiesen werden, daß unsere Partei die mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung zu wenig beachtet. Die SPD. hat ihr ganzes Schwergewicht auf diese Bewegung geworfen und strebt mit den üblichen Mitteln danach, das im Staat vertretene junge Volk in ihre Netze zu ziehen. In Berlin hat sie damit unzweifelhaft Erfolg gehabt, aber auch in anderen Provinzen läuft ein nicht geringer Teil der jüngeren Sozialistengedankten hinter den kommunistischen Phrasenreden her. Da unsere Partei sich um die Bewegung wenig kümmert, ist der Gegenstand von unseren Genossen zu gering. Die Genossen müssen oft das Gefühl, daß sie in ihrem Kampfe mit den kommunistischen Demagogen von der Partei im Stich gelassen werden und verlieren den Mut zum Gegenstoß. Wie ganz anders handelt darin

die österreichische Arbeiterpartei! Im Österreich ist der Kommunismus von der Partei verdrängt worden und hat sich gar keine Bedeutung verschaffen. Das ist einzig in der Welt. Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war. Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war. Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war.

Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war. Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war. Die Arbeiterpartei hat keine Bedeutung verschaffen können, weil sie in der Welt keine Partei war.

Was dem Schrottmachererzähl.

Unter dieser Überschrift erzählt in No. 100 des Volksboten ein Artikel vom „Leben des Schrottmachers“ und zwar von dem Schrottmacher in der Provinz. In einzelnen Punkten ist die Darstellung in dem Artikel des Volksboten eine sehr interessante und die Erzählung ist in jeder Hinsicht eine sehr interessante. Die Erzählung ist in jeder Hinsicht eine sehr interessante. Die Erzählung ist in jeder Hinsicht eine sehr interessante.

Ämlicher Teil

Der Senat hat den französischen General-Konsul J. G. N. Linaire in Hamburg auch für das Lübeckische Staatsgebiet einstweilen anerkannt und zugelassen. (5710)

Verammlung der Bürgerschaft
am Montag, dem 28. Juli 1924, abds. 6 Uhr.
(5724) Der Vorsitzende: G. Ehlers.

Aufgebot.

Der Kaufmann Johannes Friedrich Metavius Seid in Lübeck, Mutterbahn 5, hat das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung des Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Lübeck, innere Stadt Blatt 1418 Abteilung III Nr. 9 zu Lasten des Grundstückes Sandstraße 7 für den Antragsteller eingetragene Grundschuld.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem Termine am 8. Januar 1925, vormittags 11 Uhr, anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Lübeck den 14. Juli 1924.
(5705) Das Amtsgericht, Abt. VII.

Nichtämlicher Teil

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich Conrad Lattner und Frau (5714) Stotfeltsdorf.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur silbernen Hochzeit danken herzlich H. Schmidt u. Frau Gr. Gröpelgrube 30. (5721)

Baugewerksbund.
Nachruf.
Am 19. Juli starb nach langer Krankheit unser Kollege J. Timmermann im Alter von 64 Jahren. (5718)

Einem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 24. d. Mts., nachm. 4 Uhr in Wormstedt statt. (5718)

Der Vorstand.

50. Todestag
Fritz Reuters
Ausgewählte Werke
3 Bände Ganzleinen
13.50 Mk.
Buchhandlung des
Völk. Volksboten
Johannisstr. 46.

Küchenherd zu kaufen
gesucht. (5704) Ang. u. D 254 a. d. Exp. d. Bl.

Eine gute Milchziege
zu verkaufen. (5703) Lauerhoffstraße 15. pt.

Deute wieder 1 Waggon
la. Bidbeeren und la. Pfefferlinge eingetroffen, die wir in kleinen Körben, sowie ausgewogen, besond. preiswert abgeben. Billigste Bezugsquelle f. Händler, Wirte usw. Prompter Dampferland. Spethmann & Fischer Lübeck Beddergrube 59. Fernruf 102. (5698)

Leib- und Hausstandes-
wäsche wird sauber und billig gewaschen (5711) Wafenigsmauer 182/4.

D. V. B.
Vorhandlung am Mittwoch, d. 23. Juli, abends 7 Uhr im Bureau. (5705)

Gladtheater Lübeck
Diejenigen Abonnenten, die die Grundgebühren noch nicht entrichtet haben werden an die Zahlung hiermit erinnert. (5698)

Stadthallen-
Garten
Täglich von 4—11 Uhr
Schenck-Konzerte
Bei ungünstiger Witterung in den Restaurationsräumen. (5702)

Das ebm 19 Goldpfa. Lichtstrom khw ab, Nr. 27, Wasser ebm 15/30, beide Räume mit Leitung 20. ohne Leitung 19 Goldpfa. (5707)

Morgen Mittwoch: Kolofnimm
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.
Großes Bass-Orchester?
Damen Eintritt frei.

Großes Bass-Orchester!
Damen Eintritt frei.

Waren-Kredit-Haus
H. Kesten Holstenstr. 17
liefert auf bequemste Au- u. Abzahlung

Damen-Mantel
Kostüme, Röcke
Kleider, Blusen
sowie Gummi-Mäntel für Herren u. Damen

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Gekaufte Waren
werden sofort
mitgegeben.
Zuvorkommende
Bedienung.
Besichtigung
ohne Kaufzwang

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Damen-
Wäsche**
Hemdentücher
Handtücher
Tischtücher
Inletts, Federbetten und Gardinen

**Sport-
jacken**
für Damen
und Herren
in allen
Farben.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung**
in allen Größen
und Formen.

Seemann, aufgestellt haben, fallen in sich zusammen, wenn man als aufmerksamer Leser Ihrer Zeilen folgende 2 Punkte beachtet. Sie behaupten, durch Sonderabmachungen mit der Firma hätten wir die tariflichen Besetzungszetten bis unter die Hälfte vermindert und verdienen dabei trotzdem die Woche 48-50 Mk. Eine eigenartige Logik steckt in diesen Behauptungen, denn das Ergebnis ist nämlich ganz überraschend. — Also! — Der Stundenlohn eines Schuhmachers beträgt 63 Pfg. Wir würden demnach die Stunde für 30 Pfg. arbeiten. Um dann aber 48 Mk. zu verdienen, müßten wir an Arbeitsstunden pro Woche 160 Stunden leisten! Eine Arbeitswoche inkl. der Nächte hat aber nur 114 Stunden! Wo wir die übrigen 16 Stunden hernehmen, müssen Sie dann auch noch wissen. Der Seemann. Daß ich Ihre gewerkschaftliche Tätigkeit demnach einer Kritik unterziehe, werden Sie, nachdem Sie, ohne auch nur mit einem von uns Rücksprache genommen zu haben, oder die deutsche Tarifkommission vorher mit der Untersuchung der Verhältnisse in unsern Betrieb zu beauftragen, mir doch nicht verdenken können. Nach gewerkschaftlichen Grundsätzen ist es bis jetzt immer üblich gewesen, daß man den Weg in die Öffentlichkeit mit Namensnennungen als letztes Mittel anwendet. Sie aber haben ohne irgend welche Verhandlungsmöglichkeit der Öffentlichkeit ein falsches Bild gegeben und werden die Konsequenzen daraus ziehen müssen und Ihre Handlungsweise noch an anderer Stelle zu verantworten haben. Noch eine Frage: „Warum hintertrieben Sie meine Aufnahme in den Verband mit verleumdertischen Angaben?“ Sie wissen doch, daß ich bereits zweimal darum nachgesucht habe. Weitere Fragen, die Ihnen vielleicht auch unangenehm sind, stelle ich bei passender Gelegenheit.

Wir haben die Beteiligten ersucht, den Streitfall an kompetenter Stelle auszutragen, um unliebsame Preßpolemiken zu vermeiden. Die dem Wunsch hat man leider nicht stattgegeben. Nachdem aber Genosse Geißler so schwer angegriffen wurde, geben wir ihm selbstverständlich das Wort zur Verteidigung. Wo soll es aber hinführen, wenn Berichte von Organisationen einen derartigen Zweifelspalt auslösen. Auf wen soll sich dann die Redaktion nach verlassen können? Auf diese Werte wird kein Streitfall mehr im „Volksboten“ ausgetragen, ehe die genossenschaftlichen Instanzen gehört sind.

Angrenzende Gebiete.

Stadelsdorf. Gewerkschaftsfest. Die Reihenfolge der Gewerkschaften und Vereine zum Gewerkschaftsfest ist folgende: 1. Radfahrer. 2. Transportarbeiter. 3. Theaterverein. 4. Fabrikarbeiter. 5. Turnverein. 6. Metallarbeiter. 7. Zimmerer. 8. Bauarbeiter. 9. Liedertafel.

Rageburg. Feuer. Auf dem Gemese des Hofbesizers Freitag in Kronskamp brach ein Feuer aus, durch das das große Doppelwohnhaus bis auf die Grundmauern eingestürzt wurde. Das gesamte wertvolle Inventar verbrannte. In dem ebenfalls niedergebrannten Viehhäuser kamen zwei große Mastschweine in den Flammen um. — Die Tollwut greift im Kreise Herzogtum Lauenburg in bedrohlicher Weise um sich. In Laffahn wurde an vier getöteten Hunden gleichzeitig die Tollwut festgestellt, und in Lauenburg (Stadt) sowie in Unter sind wiederum mehrere Personen von tollwütigen Hunden gebissen worden. Die Abwehrmaßregeln werden eifriglich verschärft.

Hiel. Zwei Opfer des Blizes. Auf dem Gute Wiedenborstel in Holtstein war der Oberknecht mit seinen Leuten

Internationales Fußballwettspiel

Arbeitersportler

ENGLAND - LUBECK

Sonntag, den 3. August

Flugplatz Israelsdorfer Allee

beim Metten beschäftigt. Im Begriff nach Hause zu gehen, wurden die Leute vom Blitz überrascht. Die Frau des Oberknechtes Moldenhauer fand ihren Tod und ein Lehrling wurde fast am ganzen Körper verbrannt, doch hofft der Arzt, ihm am Leben zu erhalten.

Vermischte Nachrichten.

60 Falschmünzer verhaftet. Aus Berlin wird gemeldet: In letzter Zeit wurden durch die Falschmünzabteilung der Reichsbank fünf Falschmünzer verhaftet mit über 60 Personen verhaftet. Ein Teil der Falschmünzer wertete Dollarnoten auf, ein anderer stellte falsche englische Pfundnoten her.

Der Tod in den Bergen. Am Matterhorn stürzte das Wiener Ehepaar Dr. Braun, das sich auf der Hochzeitsreise befand, ab. Die Verunglückten hatten die Tour führerlos gemacht. Ein hinter ihnen marschierender deutscher Arzt Dr. Viehnecht sah den Absturz und eilte sofort zur Hilfe. Als er jedoch mit seinem Führer die Abgestürzten auffand, war der Tod bereits eingetreten.

Sport.

Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung betreffend das englische Spiel. Sportsheim Hundestraße. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich. (5720) Freie Sport-Vereinigung.

Briefkasten.

Auswanderer. Wer die amerikanische Einreiseerlaubnis besitzt, hat damit noch lange nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Zwei Impfungen und drei genaue ärztliche Untersuchungen müssen überstanden werden, außer mehrfacher Zollrevision kommt noch eine Prüfung polizeilicher und politischer Natur in Frage. Vor Antritt der Fahrt muß pro Person eine Kopfsteuer von 8 Dollar (34 Mark) entrichtet werden, die zur amerikanischen Pässegebühr von 10 Dollar (42 Mark) noch hinzukommt. Die Kosten der Überfahrt ohne großes Gepäck stellen sich von Bremen oder Hamburg nach Newyork pro Person in der dritten Kabine auf 430 Mark. Bei der Landung in Amerika muß jeder Einwanderer noch einen Mindestbetrag von 25 Dollar (105 Mark) vorlegen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Ein neuer Vaden!

Der in Nr. 163 des Lübecker Volksboten unter dieser Überschrift veröffentlichte Sprechsaalartikel erinnert lebhaft an die bekannten Verbädigungen einzelner Beamten-Gewerkschaften untereinander. Es ist bedauerlich genug, daß die denkbar einfachste Einsicht noch nicht Allgemeingut geworden ist. Durch solche Ausführungen kommen wir in den Beamtenorganisationsfragen auch nicht einen Schritt vorwärts!

Wir enthalten uns jeder weiteren Antwort auf einen Artikel, der in sich widersprüchsvoll genug „ein Schauspiel, aber ach, ein Schauspiel nur“ zum Besten geben möchte und keinen „redlichen Pionier von Rochdale“ zu überzeugen weiß.

Lübecker Beamtenbank e. G. m. b. H.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die von Ungarn sich nach Schottland erstreckende Hochdruckzone hatte sich heute morgen etwas gefestigt, um sodann unter dem Einfluß der warmen Winde auf die Vorderseite des nach Südengland verlagerten Biscayafronts wieder an Stärke zu verlieren. Die Depression dürfte sich kaum noch vertiefen. Ihr Ausläufer nach Osten läßt in dem Bereich des höheren Druckes das Barometer seit heute morgen stetig sinken. Ein Druckausgleich wird die Folge sein, der insbesondere zur Neigung von Gewittern Anlaß geben dürfte.

Vorhersage für den 22. und 23. Juli.

Wachsende Bewölkung, ziemlich warm, zunehmende Gewitterneigung.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 21. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Trotz der ausländischen Festigkeit war hier kein Geschäft und der Markt verkehrte in kühler Haltung, weil man in Erwartung der neuen Ernte sich vorläufig auf keine Unternehmungen einlassen will. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo (120 Rentenmark = 1 Dollar). Weizen 170 bis 176, Roggen 188 bis 142, Hafer 148 bis 152 Sommergerste 168 bis 176, Wintergerste 162 bis 170 Mk., alles ab inländischer Station einschl. Vorkommern. Ausländische Gerste 194-198, Mais loco 152-160 Mk., frei Kistwaggon. Delfischen ruhig bei unveränderten Preisen.

Futtermittel. Hamburg, 21. Juli. Mais, loco, 7.50 Mk., do. August 7.60, do. September 7.70, Reisfuttermehl (24%) 6.90; Randfuchsen 5.50; Palmfuchsen 6.60; Leinfuchsen 10.-; Kofosfuchsen 8.90; Palmfuchsen 5.90; inländ. Weizenkleie 5.30; Gerste, loco, 9.45 Mark, Tendenz: still.

Heu und Stroh. Hamburg, 21. Juli. Am Großhandel stellt sich der Preis für Viehhäuser, lose, Ernte 1924, auf 2.80 Mk., do. geerntet auf 3.50 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 1.60 Mk., do. geerntet 1.70 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waagon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbef. expl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Fouragehandels. Hamburg, 21. Juni. Hafer 10.50, Mischfutter 9.50, Säckel 4.-, Weizenheu, abbl. 6.-, Preßstroh 3.50. (Alles per Zentner in Rentenmark.)

Größtes Spezialhaus am Platz.

Spille & v. Lühmann
Feine Herren- und Knaben-Kleidung.
Arbeiter-Berufskleidung.

„TROCADERO“

Fernsprecher 787 LUBECK Schüsselbuden 4

Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Bevorzugen Sie die Marken-Biere der **Witten-Brauerei** Lübeck - U. G. Fernsprecher 9007 und 69.

Herrn-Modewaren - Wäsche
Louis Graff
Holstenstraße 20
Hüte - Mützen

Größtes Spezialhaus für Koffer, feine Lederwaren, Reiseartikel
Frankel
Breitestr. 35, Holstenstr. 4

W. Schild :: Schlutup
Das vornehmste Einkaufshaus für Damen-, Kinder-, Herren-Konfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Huxstraße 38 **Thams & Garfs** Breite Str. 58
Billigste Bezugsquelle in Kaffee - Tee - Kakao und sämtlichen Lebensmitteln.

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?
A. Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan. (Musterschutz).

Abfahrt der Züge von Lübeck nach:

Hamburg: 5:25, 7:40 W., 7:50, 9:40 D., 11:03, 12:25, 3:44, 4:27, 7:15 D., 7:22, 8:20 D., 9:20, 9:25, 11:24 S.
Travemünde-Niendorf: 5:27 W., 5:00, 6:00 S., 9:47, 1:55, 2:07, 4:15, 7:02, 9:25
Büden (Lüneburg): 5:20 W., 6:00, 9:10 S., 1:30, 4:15 D., 6:00, 9:20 S.
Eutin (Kiel): 7:14, 9:42 S., 12:08, 1:42 D., 2:00, 6:35 S., Segeberg: 10:00 S., 1:30 W., 7:20
Kiel: 7:20, 9:25 D., 5:42 D., 12:02 W., 5:24, 7:23 D., 9:25 (Ohne Gewähr. - Musterschutz).

Konditorei und Café Stammer
Lindenplatz
ANGENEHMER AUFENTHALT!

Kohlen-Ihrke

Telephon 3565, 3566, 3607.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.

Promenaden-Café und Konditorei
Breite Straße 65 Fernsprecher 415
Täglich: Künstler-Konzert.

Hanseatische Torfverwertungs-Aktien-Gesellschaft
Lübeck, Engelsgrube 44.

Holz - Torf
Großhandel.

Waggon-, Kahnladungen.

Fernsprecher 884. Tel.-Adr.: Torfbrikett.

Nur gute Schuhe
Schuhwarenhaus **AUGUSTE POPP**
sind billig!

J. Ramm, Schlutup
Inh.: Fr. Eltrop.
Leinen, Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffe, Wollwaren, Strümpfe
Arbeiter-Berufskleidung.